ATZE

Antifaschistische Zeitung Kiel - Nr. 10



Deutsche Unitarier - der 2. Streich

Kurden - Opfer staatlicher Flüchtlingspolitik

NAZI-Terror in Kiel, Neumünster und Flensburg

Liebe LeserInnen!

40 Seiten - eine Doppelnummer liegt vor uns/Euch. Die Schwerpunkte sind diesmal breit gestreut.
Den Auftakt bilden in dieser Ausgabe der ATZE weitere Ergebnisse der Recherchen über die Unitarier. Dieser völkisch-rassistische Verband konnte sich bisher im Schutze seines "sozialen Engagements" ungestört betätigen. Die Reaktionen auf den Artikel in der letzten Ausgabe bestätigen, daß hier weitere Aufklärungsarbeit notwendig ist.

Weiterer Schwerpunkt sind die Angriffe auf linke Einrichtungen in Schleswig-Holstein in den letzten Monaten und die Reaktion der AntifaschistInnen darauf.

Mehrere Artikel widmen sich der Situation von AsylantInnen und den staatlichen Angriffen gegen revolutionäre AntifaschistInnen. Hier muß staatlicher Wilkür mit Solidarität entgegengetreten werden.

Wir haben uns darüber gefreut, daß uns mehrere Beiträge zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt worden sind
Weiter so!

Der beste Weg übrigens, die ATZE bei jeder neuen Ausgabe pünktlich zu erhalten, ist übrigens ein Abonnement!
Einfach 15 DM (für 4 Ausgaben) unter Angabe von Absender, Adresse und Vermerk "ATZE" auf unser Konto (siehe Impressum) überweisen.

Viel Spaß beim Lesen!

Inhaltsverzeichnis:

"Neue Generation" oder "Alter Geist"? S. 3
Deutsche Unitarier in Bedrängnis -
Isolierung völkisch-rassistischer Ideen notwendig S.3
Dieter Vollmer S.4
D, Thomas Darsow S.6
"Zeitschrift: Tendenz" S.7
Reuß-Zur Lippe S.8
Hermann Thiele S.8
Richard W. Eichler S.9
Prozeß gegen NAZI-Schläger erneut geplatzt S. 9
KIEL. Rechtsextremer Verleger auch in der DDR aktiv S.11
Flüchtlingspolitik in Neumünster
Braucht eine kurdische Familie warmes Wasser? **S.12**
Aushölung des Asylrechts geht weiter S.13
Zur aktuellen Lage in Kurdistan S.14
10. November - eine Demonstration gerade auch für AntifaschistInnen S.16
Molotow-Cocktails auf die Alte Meierei S.18
Faschistischer Terror in Neumünster S.19
Flensburg: Skinheads greifen besetztes Haus an S.22
Undeutsche Wochen in Kiel - Programm S.22
Überblick über die 129a-Verfahren gegen revolutionäre Antifa und Widerstand S.23
Ein Teilbereich der angegriffen wird: ANTIFA S.24
Antifa - "Disco" S.29
Sinti und Roma Kulturwochen S.30
Die Zeit nach Schönhuber... S.30
Das neue Ausländergesetz beseitigt völkerrechtliche Verträge S.33
Der Widerstand gegen das reaktionäre Ausländergesetz muß weitergehen S.34
Buchtip: Die Rückkehr der Führer S.36
Meldungen S.37/38
Andere über uns S.39

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel, Schweffelstr. 6,2300 Kiel.
Nankverbindung: Netzwerk, Postgiroamt Hamburg,
BLZ: 200 100 20, Konto: 487 599-202, Stichwort ATZE
Auflage 800, Ausgabennr. 10, November.Dezember 1990
Druck: Eigendruck
V.i.S.d.P: Wolfgang Petersen
Preis: 2 DM

"NEUE GENERATION" oder "ALTER GEIST" ?

Deutsche Unitarier in Bedrängnis

Isolierung völkisch-rassistischer Ideen notwendig

Die Veröffentlichung zur "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft" in der letzten ATZE hat Stoff für viele Diskussionen und so manche Aufregung geliefert. Unruhe entstand auch innerhalb der völkisch-rassistischen Sekte. In den "Kieler Nachrichten" sprach der Leiter des Geistigen Rates, der Kieler Wolfgang Deppert, von der "neuen Generation" bei den Unitariern, die "geprägt ist von Toleranz und liberalem Denken". Wir berichten über den Stand der Ereignisse und zeigen an fünf Beispielen, daß immer noch der alte Geist weht.

Seit dem Sommer 1990 sind die Auseinandersetzungen um die "Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) in ein neues Stadium eingetreten; über den Charakter der DUR wird jetzt in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Anläßlich des Ende Juli in Hamburg stattfindenden Kongreßes des "Weltbundes für religiöse Freiheit", der maßgeblich von der DUR mit vorbereitet wurde, erneuerten die antifaschistische VVN/BdA und der Weltanschauungsbeauftragte der evangelischen Kirche, Friedrich-Wilhelm Haack, die - z.T. auch in der ATZE Nr. 9 - entwickelte Kritik an dieser Organisation.

Diese Ereignisse veranlassten auch die örtlichen "Kieler Nachrichten" (KN) zum ersten Male, kritisch über die Unitarier zu berichten. Kurz darauf erhielt der Leiter des Geistigen Rates der DUR, der Kieler Privatdozent Wolfgang Deppert, in den KN Gelegenheit, zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen. Unter dem plakativen Bekenntnis "Unitarier: Wir sind keine Nazis!" weist Deppert empört alle Vorwürfe bei den Unitarier hätten Nazis rassistisches Gedankengut verbreitet zurück. Den Vorwürfen, es habe nach dem Krieg doch viele Nazis in der Bewegung der Unitarier gegeben, hält er die Behauptung entgegen, diese hätten bei den Unitariern eine Möglichkeit des demokratischen Neuanfangs gesucht und ein Nazi-Dichter wie Herbert Böhme sei "gescheitert. Wir haben längst eine neue Generation, die geprägt ist von Toleranz und liberalem Denken. Wir lassen uns politisch nicht festlegen" (KN 3.8.90).

Auch in Schleswig-Holstein: Rassisten und Faschisten verbreiten ihre Ideologie bei den Unitariern

Diese Toleranz ist offensichtlich so groß, daß auch Rassisten und Faschisten bei den Unitariern in wichtige Positionen aufsteigen oder ihre Positionen verbreiten können. Wir erinnern hier nur noch einmal an die bedeutende Rolle, die der inzwischen verstorbene Fritz Castagne, 1982 Mitbegründer der rassistischen "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", bei den Unitariern spielte und an die aktive Mitarbeit weiterer KLA-Kandidatinnen bei den Kieler Unitariern.

Die von uns hier erstmals skizzierten fünf Porträts - Thomas Darsow, Dieter Vollmer, Marie Adelheid Reuß zur Lippe, Richard W. Eichler, Hermann Thiele - zeigen eines deutlich: die Behauptung Depperts, längst sei eine neue Generation aktiv, läßt sich kaum halten. Während des gesamten letzten Jahrzehnts waren diese Personen einschlägig aktiv und konnten bei den Unitariern Vorträge halten oder in der offiziellen Zeitschrift ihre Positionen verbreiten. Da ist es denn nur noch ein nebensächlicher Aspekt, ob diese Menschen auch formal Mitglied bei der DUR sind oder waren.

Einen interessanten Einblick in die Weltsicht der Unitarier gibt das Mitteilungsblatt der DUR für Schleswig-Holstein. Es heißt "Ruf und Widerhall" und bringt neben Beiträgen über die Auslegung unitarischer Ideologie, in denen schon mal positiv auf die "Totalität des Lebens der Volksgemeinschaft" (RuW 31987, S. 12) Bezug genommen wird, auch Berichte von Veranstaltungen und Tagungen.

Ohne Distanzierung finden sich dort Berichte über den rassistischen Vortrag eines Dr. Allarich Augustin (Wuppertal) in Heide zum Thema "Geburtenrückgang und ethnische Unterwanderung" (RuW 3/1981, S. 24), über den Auftritt des führenden Nationalrevolutionärs Henning Eichberg bei der Herbsttagung der Unitarischen Akademie in Klingberg (RuW 1/1984, S. 29) oder über die Verleihung des Schillerpreises an Sigrid Hunke durch das rechtsextreme "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" (RuW 1/1986, S. 20/1). Im März 1984 war Frau Hunke auf der Jahreshauptversammlung der Landesgemeinde Schleswig-Holstein der DUR zum Ehrenmitglied ernannt worden, die Landesgemeinde beschloß den Beitritt zur "Sigrid-Hunke-Gesellschaft" "als Zeichen der Verbundenheit und mit der ausdrücklichen Bereitschaft, das schriftstellerische Werk Sigrid Hunkes zu verbreiten" (RuW 1/84, S. 32).

Der europäische "Übermensch"

Auf die ideologischen Arbeiten Hunkes beruft sich die DUR bis zum heutigen Tag. Sie ist eine der führenden deutschsprachigen IdeologInnen der "Neuen Rechten"

um Alain de Benoist und dessen Schule. Besonders am Herz liegt diesen "neurechten" DemagogInnen die religiöse "Erweckung" der europäischen Völker. Parallel zum Versuch, vom aggressiv-nationalistischen Charakter ihrer Ideologie abzulenken, indem der "klassische" Nationalismus auf die europäische Stufe gehoben wird, grenzt man aus der religiösen Vielfalt eine angeblich "spezifisch europäische Religiösität" ab. Deren Wurzeln seien im "europäischen Heidentum" zu suchen. Juden- und Christentum werden als dem europäischen Menschen "fremde", weil asiatische Religionen abgelehnt. Alle ökologischen, sozialen, politischen und sog. "Sinn"-Krisen resultierten letztendlich - so die Behauptung - aus der Orientierungslosigkeit, der die Europäer aufgrund der ihnen aufgezwungenen ·judäo-christlichen Religion anheimgefallen seien.

Nach Hunke sind das "germanische" religiöse Erbe und das "Judäo-Christentum" völlig unvereinbar, feindlich sich widersprechende Denk- und Erlebniswelten. Abgelehnt werden damit alle Weltanschauungen der Gleichheit der Menschen (Judentum und Christentum: Gleichheit vor Gott; Liberalismus: Gleichheit vor dem Gesetz; Sozialismus: soziale, materielle Gleichheit) und die humanistische Linie europäischer Tradition, d.h. die Errungenschaften der Aufklärung.

Aus der Sicht des europäischen "Übermenschen", der jede allgemein geltenden Normen ablehnt und sich seine Maßstäbe und Verhaltensregeln selber setzt - jenseits von "Gut" und "Böse", wird der aus jüdischem und christlichem Gleichheitsgrundsatz abgeleitete Humanismus als "totalitär" denunziert, weil er dem hierarchischen Gesellschaftsmodell der "Neuen Rechten" quersteht.

Liberale oder gar sozialistische Gesellschaftskonzepte stehen im Zentrum des "neurechten" Angriffs gegen das "Judäo-Christentum", weil hier die Gleichheit der Menschen vor Gott zur politischen und sozialen Gleichheitsforderung weiterentwickelt wurde. Die Trennlinie zwischen "Freund" und "Feind", zwischen "Eigenem" und "Fremden" wird aus der Biologie in den Bereich der Weltanschauung verlegt. Der "Vererbungsrassismus" der Nazis wird mit einem "Gesinnungsrassismus" variiert, der, wie alles, was die angeblich "Neue Rechte" zu bieten hat, so neu gar nicht ist. Der völkische Ideologe Paul de Lagarde (1827-1891) brachte diese Form des Rassismus schon vor der Jahrhundertwende auf eine knappe Formel: "Das Deutschtum liegt nicht im Geblüte, sondern im Gemüte".

Herr Mais: Ihre öffentliche Antwort steht noch aus

Für erheblichen Wirbel haben die politische Angriffe auch bei den Unitariern selbst gesorgt. Das Antifaschistische Forum Kiel schrieb bereits Ende Juni 1990 den Abteilungsleiter des Kieler Jugendamtes für Kindertagesstätten, Herrn Mais, mit der Bitte an, sich zu seiner Mitgliedschaft und der Übernahme des Postens des 2. stellvertretenden Gemeindeleiters zu äußern. In der Annahme, Herr Mais habe sich vor seinem Beitritt nicht ausreichend informiert, wurde Informationsmaterial über den völkisch-rassistischen Charakter der DUR beigefügt und die Erwartung geäußert, daß ein weiteres Verbleiben in dieser Organisation unmöglich sei. Um zu verhindern, daß seine inzwischen bekanntgewordene Mitgliedschaft in der nazistischen Tarnorganisation ihm zum Nachteil gereiche, schlug das Antifaschistische Forum Kiel Herrn Mais vor, er möge sich in einer Presseerklärung von den Unitariern distanzieren.

DIETER VOLLMER

Der in Schleswig wohnende Dieter Vollmer schrieb im vergangenen Jahrzehnt wiederholt in den "unitarischen blättern". So erhielt er im Heft 11-12/1983 Gelegenheit, sein Verständnis der unitarischen Religion auszubreiten. Im Frühjahr 1985 war er Redner bei einer Unitarier-Veranstaltung in Büsum, bei der er sein Buch "Sonnenspiegel" vorstellte und mit seiner Forderung, daß der Mensch eine enge Beziehung zu den "ewigen Ordnungen naturhaften Geschehens" bewahren müsse, bei den ZuhörerInnen ein "gutes Echo" (Büsumer Nachrichten vom 5.3.1985) hatte.

Was mit diesen "ewigen Ordnungen naturhaften Geschehens" als (vermeintliche) Grundlage der menschlichen Existenz gemeint ist, zeigt Vollmers Lebensweg, der eng mit der Entwicklung und Propagierung von Rassetheorien verbunden ist.

Der 1913 geborene war während des Nazi-Regimes in der "Nordischen Gesellschaft" aktiv. Über diese Organisation und ihre Aktivitäten schreibt er selbst in der rechtsextremen Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" 3/1988: "... entwickelte sich die Nordische Gesellschaft unter der klugen und geschickten Leitung von Dr. Ernst Timm ab 1933 zu einer gesamtdeutschen Organisation mit zweifacher Aufgabenstellung: Ausbreitung des Nordischen Gedankens im Sinne von Prof. Hans F.K. Günther und Walther Darré in Deutschland selbst und Pflege der kulturellen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und informativen Beziehungen zu den skandinavischen Staaten und Finnland" und "den Höhepunkt (der Reichstagungen der Nordischen Gesellschaft", d.V.) stellte jeweils eine Rede Alfred Rosenbergs bei einer öffentlichen Kundgebung auf dem Lübekker Marktplatz dar."

Hans F.K. Günther, der führende Rassetheoretiker der Nazis, ist auch heute noch einer derjenigen, auf den sich der "Nordische Ring" in seiner Zeitschrift "Nordische Zukunft" und Vollmer positiv beziehen. Vollmer schreibt zudem nicht nur in diesem Blatt, sondern tritt auch als Referent bei den Versammlungen des "Nordischen Rings" auf, zu der Nazi-Prominenz aus dem In- und Ausland anreist. 1986 und 1989 fanden diese Treffen in Schleswig-Holstein (Schleswig bzw. Kreuzkamp bei Lübeck) statt.

Vollmer ist darüber hinaus seit Jahrzehnten Autor in diversen rechtsextremen Zeitschriften; schrieb er in den 50er Jahren des öfteren in "Nation Europa", so verbreiteten die in Bochum erscheinenden rechtsextremen "Unabhängigen Nachrichten" im Dezember 1977 einen Text von Vollmer mit dem Titel "Lebensschutz und Nationalpolitik".

Zu dem polizeilich gesuchten und nach

Eine Antwort ist beim Antifaschistischen Forum bis heute nicht eingetroffen. Zwar hat Herr Mais gegenüber seinen Vorgesetzten und anderen Gesprächspartnern seinen Austritt aus der DUR erklärt, zu einer öffentlichen Distanzierung hat es bisher aber nicht gereicht. Wen wundert's also, daß er bei manchen BeobachterInnen dieser Affäre den Eindruck eines Opportunisten erweckt, der aus den zunehmend öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzungen möglichst ungeschoren herauskommen möchte, indem er jede eindeutige Äußerung vermeidet ?

Unruhe bei den Unitariern

In der von der Kieler Gemeinde herausgegebenen Zeitschrift "BLICK" zieht Wolfgang Deppert gegen die ATZE zu Felde, der er die Beteiligung an einer bundesweiten Diffamierungskampagne unterstellt und behauptet: "Die Stoßrichtung ist immer die gleiche: die Deutschen Unitarier sollen als Faschisten, Rassisten oder gar als Nazis hingestellt werden. Dieser Rufmord wäre freilich tödlich, wenn sich die Angreifer auf Fakten berufen könnten. Dies ist aber nicht der Fall!" (9/90).

Die bereits von der Bonner Initiative "Gemeinsam gegen Neofaschismus" veröffentlichten und in der Substanz von der DUR unwiderlegten Darstellungen über den erheblichen Einfluß von Alt- und Neofaschisten sowie völkischer Rassisten bei dieser "Religionsgemeinschaft" sprechen der Behauptung Depperts, es gebe keine Fakten, ebenso Hohn wie die in dieser ATZE-Ausgabe entwickelten Zusammenhänge.

Und daß diese Informationen auch innerhalb der DUR bei einigen Zweifel daran aufkommen lassen, ob sie der richtige Ort für ihr soziales Engagement ist, zeigt die Vehemenz, mit der Deppert vorgeht. In der Oktober-Ausgabe des "BLICK" beruft er "wegen verschiedener personeller Schwierigkeiten" (z.Zt. Nichtbesetzung der Posten des Gemeindeleiters und der beiden Stellvertreterposten) eine außerordentliche Hauptversammlung ein. Seinem Tagesordungsvorschlag folgend, sollen diese drei Posten besetzt und über die "Verleumdungskampagne gegen die Deutschen Unitarier" gesprochen werden. Sein Schreiben schließt mit der Aufforderung "Ich bitte dringend um die Teilnahme an dieser für den Bestand unserer Gemeinschaft entscheidenden Mitgliederversammlung!"

Auch Minister Jansen geht auf Abstand

Auch wenn dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt sicherlich übertrieben ist: die Zeit des unbeachteten Wirkens von RassistInnen und FaschistInnen bei der DUR ist vorbei. Erste Konsequenzen hat auch der Minister für Soziales, Gesundheit und Energie des Landes Schleswig-Holstein, Günther Jansen, im Juli 1990 gezogen: sein Ministerium will ab 1991 auf die Nutzung der von den Unitariern betriebenen "Jugend- und Bildungsstätte Klingberg" in der Nähe von Scharbeutz verzichten. Bisher wurden dort verschiedentlich Seminare durchgeführt.

Noch immer erhalten jedoch die Unitarier Gelder vom DPWV (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband), von dessen Mitgliedsgruppen vermutlich noch kaum eine über den Charakter der DUR informiert ist. Dies wird eine der nächsten Aufgaben sein. Es erscheint jedenfalls unwahrscheinlich, daß den RassistInnen und FaschistInnen bspw. von den im DPWV organisierten Frauen-, Homosexuellen- und Behinder-

Dänemark geflüchteten Faschisten Thies Christohersen unterhält Vollmer ebenfalls seit Jahren Beziehungen. Auf einer von diesem organisierten Tagung sprach Vollmer im Spätsommer 1979 zum Thema "Umweltzerstörung - `Karneval des Todes'"; drei Jahre vorher hatte er sich in der von Christophersen herausgegebenen "KRITIK" zum Thema "Volk - Staat - Nation" geäußert.

HANS ULRICH RUDEL

Dieter Vollmer

1955: Vollmer-Loblied auf das Nazi-Idol Hans Ulrich Rudel in "Nation Europa" (4/1955)

Zuletzt: daß Vollmer engere Kontakte zu dem an anderer Stelle porträtierten CDU-Bürgermeister von Kronshagen, Dr. Thomas Darsow, hat(te), können wir zur Zeit nur begründet vermuten: immerhin sprachen beide Ende Oktober 1979 auf der "Arbeitstagung des Rendsburger Kreises der Unitarischen Akademie": "Die mehr ins Grundsätzliche gehenden Ausführungen von Dieter Vollmer wurden ergänzt durch den hoffnungsvollen Ausblick von Thomas Darsow, cand. jur, Kiel, auf zeitgenössische, politisch wirksame Gegenbewegungen der jungen Generation zu überfremdeten Interessen der etablierten Systeme." (Ruf und Widerhall 1/1980, S. 25) In den "unitarischen blättern" 11-12/1983 empfiehlt T.D. das von Vollmer geschriebene Buch "Sonnenspiegel" als interessantes und preisgünstiges Weihnachtsgeschenk. Und schon im Juli 1977 pries die neofaschistische Jugendzeitung "TENDENZ", deren Mitarbeiter Darsow längere Zeit war, die Vollmer-Schrift "Lebensschutz und Politik" als "TENDENZ-Sonderdruck Nr. 3" an.

tengruppen eine solche Toleranz entgegengebracht wird, wie Herr Deppert das offensichtlich für richtig hält.

Und auch die Jugendorganisation der DUR, die in Schleswig-Holstein unter dem Namen "Unitarische Jugend Schleswig-Holstein" aktiv ist, ist weiterhin als förderungswürdige Trägerin der freien Jugendhilfe mit all den damit verbundenen Vorteilen anerkannt. Wie lange noch ?

KORREKTUR

In unserem Bericht über die DUR in der ATZE Nr. 9 sind wir auch auf die Person Eberhard Achterbergs eingegangen, der Chefredakteur des NSDAP-Intellektuellenblattes "Nationalsozialistische Monatshefte" war. Im Zusammenhang mit seiner Person tauchen mißverständliche Formulierungen auf, die den Eindruck erwecken könnten, die DUR verbreiten heute noch ganze Aufsätze oder Werke von Achterberg von vor 1945 (u.a. über die Eekboom-Gesellschaft). Dies gilt, soweit wir das bisher mit Sicherheit sagen können, jedoch nur für eine Passage aus dem Jahre 1943, die in dem vom "Verlag Deutsche Unitarier" herausgegebenen Buch "Die Kraft, die uns trägt" enthalten ist und die Kontinuität zentraler Gedanken Achterbergs bis heute dokumentiert.

Diese Korrektur fällt uns umso leichter als wir damit einem unserer redaktionellen Grundsätze nachkommen: die LeserInnen und Leser müssen sich auf die ATZE stützen können. Sie haben das Recht zu erwarten, daß Tatsachenbehauptungen auch zutreffen und nicht einfach aus der Luft gegriffen sind. Dieser Überlegung fühlen wir uns verpflichtet.

DR. THOMAS DARSOW

Seine aktivste Zeit bei den Unitariern hatte der jetzige CDU-Bürgermeister von Kronshagen (bei Kiel) Anfang der 80er Jahre; seit 1979 Mitarbeiter, stieg er 1981 zum Schriftleiter der "unitarischen blätter" auf. Von diesem Posten trat er im Frühjahr 1984 zusammen mit Günther Pahl zurück. Für seine Arbeit dankte ihm die neue Schriftleitung im Heft 5-6/84 ausdrücklich: "Wir alle - Leser und bisherige Mitarbeiter - haben **Günther Pahl** und seinem stellvertretenden Schriftleiter **Dr. Thomas Darsow** für ihre jahrelange arbeitsintensive und qualitätsvolle Arbeit zu danken, auch dafür, daß sie sich bereiterklärt haben, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Zeitschrift weiterhin mitzuarbeiten."

Als Bürgermeister hat Darsow dafür aber scheinbar nicht mehr so viel Zeit; so sorgte er zuletzt Anfang September dieses Jahres mit seinen Äußerungen zum Thema Asyl für Wirbel, als er behauptete, daß über 95% der AsylbewerberInnen das Asylrecht mißbrauchten. Öffentliche Unterstützung erhielt er einige Wochen später von Hans-Joachim von Leesen in einem Leserbrief an die "Kieler Nachrichten" (KN 25.9.90). Von Leesen selbst gehört zur "Gesamtdeutschen Initiative Schleswig-Holstein", die mit ihren Veranstaltungen bekannten Rassisten (u.a. Robert Hepp, Dirk Kunert) Gelegenheit zur Verbreitung ihrer Ansichten bot. Und schon in den fünfziger Jahren druckte die neofaschistische Zeitschrift "Nation Europa" einen Beitrag von ihm ab.

Kritisiert wurde Darsow, dessen rassistische Ansichten zum Thema "Volk, Kultur und Identität" bzw. "Nationale Identität heute" bereits in den "unitarischen blättern" (1/1982; 2/1980) nachzulesen sind, nicht nur von der örtlichen SPD, sondern auch von der "Arbeitsgruppe Asylbewerber" der Christusgemeinde in Kronshagen. Und zu Recht mußte sich Darsow auch vom Vorsitzenden des FDP-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde, Peter E.G. Scholtysik, nicht nur danach fragen lassen, "wo er seine Legitimation zur Ausübung eines kommunalen Spitzenamtes erworben" habe, sondern auch , "wo er seine demokratischen Grundüberzeugungen erworben hat" (KN vom 4.9.1990).

Eine Antwort auf diese fürwahr interessante und wichtige Frage findet sich in der Zeitschrift "TENDENZ", deren Mitarbeiter Darsow in den 70er Jahren war. Dort schrieb Darsow - durch einen zweieinhalbmonatigen Aufenthalt im südlichen Afrika zum vermeintlichen Experten geworden - u.a. in der Rubrik "Afrika-Mosaik". Sein dort geäußertes deutliches Engagement auf Seiten der "Deutschen" und der "Weißen" führt ihn schließlich zum "2. Seminar Südliches Afrika" in Coburg. Veranstaltet wird dieses Treffen von dem NPD-Mann Peter Dehoust, der gleichzeitig Herausgeber der neofaschistischen Monatszeitschrift "Nation Europa" ist. Neben Darsow, der auf dem Seminar auch einen Vortrag hält, sind auch CSU-Politiker und der frühere NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden anwesend.

In der NPD-nahen "TENDENZ" finden sich Anzeigen bekannter neofaschistischer Blätter wie "Nation Europa", "Unabhängige Nachrichten" oder "Neue Anthropologie". In der Nr. 8 vom Juli 1977 - Thomas Darsow wird im Impressum inzwischen mit eigener Redaktionsadresse in Lübeck geführt - findet sich auch ein Hinweis auf den "Rendsburger Studienkreis" der Unitarischen Akademie. Nähere Informationen gab's damals bei Günther Pahl aus Pinneberg, der später - wir erinnern uns - zusammen mit Thomas Darsow eine Zeitlang Schriftleiter der von der "Religionsgemeinschaft Deutsche Unitarier" herausgegebenen "unitarischen blätter" war.

Im Namen der "TENDENZ", dieser "unabhängigen Jugendzeitschrift für Schleswig-Holstein" (Selbsteinschätzung), wurde noch für den 18. Januar 1980 zu einer Reichsgründungsfeier nach Neumünster eingeladen. Als Redner angekündigt war auch ein "Kamerad Hoffmann (Wehrsportgruppe Nürnberg)", niemand anderes als Karl-Heinz Hoffmann, nach einer langen Haftstrafe (wegen Geldfälschung, Waffenbesitz und Folterung seiner Untergebenen) im Sommer 1989 vorzeitig entlassener Chef der terroristischen "Wehrsportgruppe Hoffmann"! .

"Tendenz":

- Redaktionsmitglied Thomas Darsow
- Werbung für Dieter Vollmer und andere Faschisten
- Einladung an Wehrsport-Hoffmann 1979

TENDENZ

UNABHÄNGIGE JUGENDZEITSCHRIFT

Nr. 8

Versagt das System?
Geistige Revolution
Breschnjew go home!
Roter Terror
Afrika-Mosaik
Gedanken über den Bourgeois
...iner Kunz... Zur

TENDENZ Unabhängige Jugendzeitschrift

Juli 1977

...eser!

...s sind die althergebrach-
...schen Fronten einschnei-
...nderungen unterworfen.
...er Behandlung solcher
...ernenergienutzung oder
...chstum unter heutigen
...heinen sie sich sogar

...ungen dieser Zeit
...tigen, wenn wir von
... Abschied nehmen,
... zur Zeit
...n Grundlagen
...ungslos werden.
... den erfor-
...rzustellen.
...n Bereichen
..., der
... erkannte
...lt.
...elfen,
... nicht

IMPRESSUM

Herausgeber: Arbeitskreis Jugend und Politik, Neumünster/Redaktionsanschrift: Jugendzeitschrift TENDENZ, Postfach 1112, 2350 Neumünster 1/Telefon: 04871/619/ Bankkonto Volksbank Hohenwestedt, Kto. Nr. 119490, BLZ 21492029/Postscheckkonto Hamburg Nr. 143402-204 (Harry Addicks jr., Hohenwestedt)/ verantwortlicher Redakteur: Harry Addicks jr., Lindenstraße 20, 2354 Hohenwestedt/ Redaktion: Th. Darsow, G. Kuhn, H. Lüdtke, R. Jahn, M. Meier, F. Neumann, V. Christiansen, L. Winter/ Anschrift der Redaktion in Lübeck: Thomas Darsow, ...dekamp 36, 2400 Lübeck/ TENDENZ ist kein Geschäftsunternehmen. Jede Mitarbeit ist ehrenamtlich./ Erscheinungsweise: viermal im Jahr (10. Jan., 10. April, 10. Juli, 10. Okt.)/ Einzelpreis: DM 1.—, ausgenommen schulischer Vertrieb/ Abonnementspreis: DM 5.— für 4 Ausgaben einschl. Porto; Auslandsabo.: DM 7.—/ Copyright 1977 TENDENZ — Harry Addicks jr., Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion./ Mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder./ Druck: Eigendruck/ Selbstverlag/ Bei Anfragen bitte Rückporto beilegen/ Anzeigenpreisliste vom 10.1.77 auf Anforderung/ TENDENZ ist eine jugendeigene Zeitschrift.

Hinweis: Ein Teil dieser Auflage enthält eine Werbebeiheftung. Wir bitten um freundliche Beachtung.

S. 15 Afr...

TENDENZ

UNABHÄNGIGE JUGENDZEITSCHRIFT SONDERDRUCK 3

Dieter Vollmer

Lebensschutz und Politik

SONDERDRUCK NR. 3

Mitte August erscheint der dritte TENDENZ-Sonderdruck, auf den wir unsere Leser besonders hinweisen möchten.

Unter dem Titel "Lebensschutz und Politik" wird eine umfassende Darstellung der dringend erforderlichen Lebensschutzmaßnahmen gegeben, die besonders die zwingenden politischen Konsequenzen berücksichtigt. Der Verfasser Dieter Vollmer nennt eine Fülle von Tatsachen über den Zusammenhang von Kernenergie und wirtschaftspolitischer Zielsetzung, ökologischer Gefährdung, Verteidigungspolitik, innerer Sicherheit und internationaler politischer Kontrolle. Es wird offenbar, daß die Bestreb... Nutzung der Kernenergie ... erklärung an das ... reichen ...

TENDENZ.

Unabhängige Jugendzeitschrift für Schleswig-Holstein

TENDENZ 2350 Neumünster

An alle
Nationalen Freunde in
Norddeutschland

2350 Neumünster
Postfach 526 28.12.79

Bankkonto,
Volksbank Hohenwestedt Nr. 119490

Liebe Kameraden (innen)!

Zur REICHSGRÜNDUNGSFEIER laden wir zusammen mit dem Kulturkreis für nationale Politik e.V. zu einer Versammlung
am 18. Januar 1980 (Freitag)
in Neumünster
ein.

Wir haben einen größeren Raum angemietet, jedoch bitten wir um Verständnis, daß wir zu diesem Zeitpunkt den Namen noch nicht nennen können, denn wir wollen ja ungestört arbeiten. Wir treffen uns daher (bringt bitte viele Freunde und Jugendliche mit) zwischen 18.30 und 19.00 Uhr an folgenden Punkten:

- Bahnhofhauptausgang (hier warten Kameraden von uns)
- Pizzeria Siciliana
- Discothek Zampano
- Feldkrug Klein-Kummerfeld

Die letzten Lokale sind nicht angemeldet und dienen nur zur Sammelaufnahme, um durch Führungskräfte dann zum eigentlichen Stammlokal zu fahren!

Wir erwarten u.a. als Redner:

- Bernhard C. Wintzek (MUT)
- Dietmar Munier (BHJ)
- Kamerad Hoffmann (Wehrsportgruppe Nürnberg)
- Lothar Schröder (JG-Lübeck)

Es lohnt sich, unserer Versammlung beizuwohnen und wir wollen nach Abwartung der Zubringerzeit um 20.00 Uhr beginnen. Vorher können am Büchertisch wertvolle Bücher erworben werden.

Mit kameradschaftlichem Gruß

NEUE ANTHROPOLOGIE

Gesellschaft für Biologische Anthropologie Eugenik und Verhaltensforschung



Diese von der GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE EUGENIK UND VERHALTENSFORSCHUNG herausgegebene Zeitschrift verbreitet das ständig zunehmende Wissen über den Menschen und sein Verhalten. Weil hier von sachkundiger Seite, dennoch allgemeinverständlich, die wichtigsten Erkenntnisse der Wissenschaft vom Menschen aus verschiedenen Forschungsrichtungen zusammengetragen werden, steht NEUE ANTHROPOLOGIE einzigartig im deutschen Sprachraum da.

Deutsche und ausländische Autoren beantworten Fragen wie: Welches Verhältnis haben Vererbung und Umwelt bei der Entwicklung der Intelligenz? Wie ist das Leben entstanden? Wie können wir Erbkrankheiten bekämpfen?

Ein umfangreicher Nachrichtenteil unterrichtet über neueste Forschungen. Buchbesprechungen machen mit den wichtigsten Neuerscheinungen auf anthropologischem Gebiet vertraut.

NEUE ANTHROPOLOGIE erscheint vierteljährlich. Jahresbezugspreis DM [illegible].—, für Schüler, Lehrlinge und Wehrpflichtige DM 15.—. Wenden Sie sich an die Gesellschaft für biologische Anthropologie Eugenik und Verhaltensforschung, Postfach [illegible], 2 Hamburg 55.

MARIE ADELHEID PRINZESSIN REUß-ZUR LIPPE

"Unsere Prinzessin", wie sie in "Ruf und Widerhall", dem Mitteilungsblatt der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft für die Landesgemeinde in Schleswig-Holstein, schon mal genannt wird, gehört mit weit über 90 Jahren zu den ältesten Mitgliedern bei den Unitariern. Als ehemaliges NSDAP-Mitglied war sie im Reichsernährungsministerium tätig. Ab 1957 war sie viele Jahre Leiterin des Geistigen Rates der Unitarier und Jahrzehnte in dieser völkisch-rassistischen Sekte aktiv, so in Schleswig-Holstein des öfteren bei Vorträgen in Dithmarschen, so z.B. Anfang Februar 1988 in St. Michaelisdonn.

Aber die alte Dame ist noch anderorts aktiv: Im NORDWIND-Verlag von Thies Christophersen veröffentlichte sie 1978 ihren "Freundesgruß", 1986 war sie gar kurzfristig Chefredakteurin von dessen "Bauernschaft", in der sie im selben Jahr u.a. schrieb: "Wer mich kennt weiß, daß ich nicht eingebildet bin und jeder gute Mensch, gleich welcher Rasse, mir achtenswert ist, sofern er sein Blut rein und seine Ahnen heilig hält." Ein Jahr vorher hatte die Prinzessin noch die "herzlichsten Glückwünsche" (nicht nur) der Kieler Unitarier-Gemeinde zum Geburtstag entgegenehmen können.

Nicht zuletzt war Marie Adelheid Reuß zur Lippe auch an der Gründung des 1987 ins Leben gerufenen Vereins "Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup" (ASS) beteiligt. Diese ASS gibt die inzwischen im Untertitel als "Zeitung für das Deutsche Reich" firmierende "Söruper Rundschau" heraus. Schon seit fünf Jahren beschäftigt das zur ASS gehörende und in Sörup ansässige Neonazi-Ehepaar Pedersen die Justiz; die Palette der Vorwürfe reicht nach Angaben des Oberstaatsanwalts Geert Morf aus Flensburg von Sachbeschädigung und Beleidigung bis hin zur Körperverletzung, deren Folgen im Krankenhaus auskuriert werden mußten. Kommentar Pedersens während einer der letzten Knüppelaktionen zu hinzutretenden Passanten: "Ihr gehört alle ins KZ! So etwas wäre früher anders geregelt worden."

HERMANN THIELE

An herausgehobener Position der Landesgemeinde Bremen der Unitarier ist Hermann Thiele tätig. Noch im Frühsommer 1988 wurde in den "Nachrichten für die Mitglieder der Religionsgemeinschaft DEUTSCHE UNITARIER", einer Beilage zur Zeitschrift "unitarische blätter", über eine von ihm gehaltene Morgenfeier berichtet. Enge Beziehungen bestanden in der Vergangenheit auch zur Landesgemeinde in Schleswig-Holstein. Gemeinsam durchgeführte Seminare und die Wiedergabe von Aufsätzen aus dem Bremer Unitarier-Rundschreiben in "Ruf und Widerhall" sind Ausdruck dieser Verbindung.

Auch Hermann Thiele ist - wir ahnten es bereits - in rassistischen Zirkeln durchaus heimisch. Die TeilnehmerInnen der Tagung des "Nordischen Ringes" hörten 1989 seinen Vortrag über "Sven Hedin"; im Frühsommer 1990 plauderte er im Nazi-Zentrum im niedersächsischen Hetendorf beim "Gemeinschaftstag" der vom Hamburger Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger geleiteten "Artgemeinschaft" über Knut Hamsun, wenige Wochen vorher war er als einer der Höhepunkte beim Treffen des "Bundes der Goden" angekündigt: "Den Sonntag haben wir in der Hauptsache Hermann Thiele/ Bremen zur Verfügung gestellt, dessen warmherzige Vortragsart bekannt ist" (aus dem Einladungsschreiben von Dr. August Ventker, Großhansdorf, u.a. Teilnehmer an einem von Thies Christophersen Anfang 1990 ausgerichteten Treffen).

Die Goden sehen sich als religiöse Bewegung im Sinne einer "artgemäßen Verehrung des Natürlich-Religiösen". In einer von ihnen verbreiteten Kurzinformation heißt es u.a.: "Einst waren die Goden die geistigen und religiösen Führer der germanischen Stämme; an diesen hohen Auftrag knüpfen die heutigen Goden ihnen zu Ehren wieder an. Hinter allen Erscheinungen der Natur im weitesten Sinne sehen wir Goden das gesetzmäßige alten und Wirken des alles durchwirkenden göttlichen Geistes, das jede Willkür ausschließt, in religiöser Schau erkennbar im ewigen Werden und Vergehen zum Neuentstehen." Die Parallele zu der von Sigrid Hunke, der langjährigen Vizepräsidentin und späteren Ehrenpräsidentin der Deutschen Unitarier, entwickelten Weltsicht ist unübersehbar. Kein Wunder also, daß sich für Hermann Thiele die Aktivitäten bei den Unitariern mit der in anderen rassistischen Sekten so gut vereinbaren läßt.

Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

„WIKING-JUGEND e.V."

Die „Wiking-Jugend e.V." (WJ) ist weiterhin mit rund 400 Mitgliedern eine der bedeutendsten rechtsextremistischen Jugendorganisationen in der Bundesrepublik. Sie entstand 1952 aus dem Zusammenschluß verschiedener Jugendverbände, der „Reichsjugend", der Jugendorganisation der verbotenen „Sozialistischen Reichspartei" (SRP), mit Teilen der „Deutschen Unitarier Jugend" und dem „Vaterländischen Jugendbund". Den Funktionären der WJ gelang es, die Kontinuität rechtsextremistischer Jugendarbeit von den 50er-Jahren bis zur Gegenwart zu wahren.

So sieht es der niedersächsische Verfassungsschutz

RICHARD W. EICHLER

Eichlers Spezialgebiet ist die Kunst. Zu diesem Thema sprach er bspw. im Frühjahr 1985 bei den Unitariern in Heide und Anfang 1988 in Michaelisdonn. Der langjährige Landesgemeindeleiter der schleswig-holsteinischen Unitarier, Bernhard Bühler, konnte eben dessen Buch "Die Wiederkehr des Schönen" in den "unitarischen blättern" anpreisen: "Dieses Buch ist die Summe von Eichlers bisherigem Schaffen und spiegelt den aktuellen Stand der Diskussion bis 1983. Die leichtverständliche, vom Fachjargon befreite Darstellung wirkt anregend, ja ermutigend auf den Leser. Der Funke springt über;..." (ub 2/1985, S. 88).

Die Veröffentlichung der drei Hauptwerke Eichlers im rechtsextremen Grabert-Verlag sind ebenso typischer Ausdruck für das von Bühler angeführte "bisherige Schaffen" Eichlers wie dessen Aufsätze in rechtsextremen Zeitschriften, z.B. "Nation Europa" oder "Deutschland in Geschichte und Gegenwart". Bereits 1965 unterschrieb Eichler eine "Resolution der 97", in der führende Nazis gegen ein drohendes Verfahren gegen die "Deutsche National-Zeitung" protestierten. Er ist zudem Träger des "Schillerpreises", den das "Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG) stiftet; eben jenes "Kulturwerk", dessen inzwischen verstorbener Gründer Herbert Böhme auch bei der Gründung der Deutschen Unitarier beteiligt war.

Wen wundert es da noch, daß auch Prof. Richard Eichler 1989 als Redner bei der Tagung des rassistischen "Nordischen Rings" in der Nähe von Lübeck mit von der Partie war ?!



Die Eichler-Bücher erscheinen im rechtsextremen GRABERT-Verlag

PROZEß GEGEN NAZI-SCHLÄGER ERNEUT GEPLATZT

Zwei Prozeßtage hatte das Amtsgericht in Oldenburg/OH für die Verhandlung gegen acht FAP-Angehörige wegen eines brutalen Überfalls auf Antifaschisten und Antifa-schistinnen im März 1988 angesetzt. Doch auch dieser zweite Anlauf mißlang: am drit-ten Tag platzte der Prozeß, nachdem auf Antrag des Neonazi-Anwalts Jürgen Rieger das Gericht für befangen erklärt wurde.

Aus Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen waren die Neonazis der FAP Mitte März 1988 angereist, um eine Wahlveranstaltung in Heiligenhafen durchzuführen. Nachdem dieses Vorhaben durch die Anwesenheit zahlreicher AntifaschistInnen verhin-dert werden konnte, änderten die Neonazis ihre Taktik. Im nahe gelegenen Oldenburg überfielen sie kurz darauf AntifaschistInnen, die sich auf dem Heimweg befanden; nachdem deren Pkws durch die quergestellten Autos der Neonazis zum Halten gezwungen worden waren, zerschlugen die FAP-Schläger Autoscheiben und prügelten mit Zaunlatten und Stangen um sich und verletzten drei AntifaschistInnen. Zeugen dieser Vorfälle wagten wegen der Brutalität der Faschisten nicht einzugreifen, schrieben jedoch die Autonummern auf. Ein Teil der Nazi-Schläger konnte so kurz darauf von der Polizei festgenommen werden.

Knapp zwei Jahre hatte es dann gedauert bis Anfang Februar 1990 über die Anklage wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Nötigung verhandelt wurde. Auf Seiten der Nazis mit von der Partie: Neonazi-Anwalt Rieger, der gleich nach seinem Eintreffen einen Zwischenfall provozierte, um sich und die Angeklagten als eigentliche Opfer darstellen zu können. In diesem Sinne legte auch der einzige "aussagebereite" Nazi (Stefan Bliesmer) das Schwergewicht seiner Schilderung auf die Ereignisse in Heiligenhafen; vom Überfall in Oldenburg hatte

er angeblich nichts mitbekommen.

Anders freilich die beiden Zeugen; deren Aussagen führten dazu, daß die Anklage um den Vorwurf des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr erweitert wurde. Das dabei mögliche Strafmaß machte die Anwesenheit von Verteidigern für alle Angeklagten notwendig. Der Prozeß wurde abgebrochen.

Der Zweite Versuch

Auch beim zweiten Anlauf war das Bemühen Riegers und einiger anderer Anwälte darauf gerichtet, AntifaschistInnen als Kriminelle darzustellen. Darauf zielte nicht nur der Antrag Riegers, auf die Verlesung der genauen Anschrift der Beschuldigten zu verzichten, weil es zu Anschlägen auf sie kommen könne, sondern bspw. auch Fragen nach Ermittlungsverfahren gegen die Zeugen aus dem antifaschistischen Spektrum durch RA Kleingarn.

Diejenigen Neonazis, die aussagten, hatten nichts gesehen und gehört; selbst der (vermeintliche?) FAP-Aussteiger Detlef Lich-

Jürgen Rieger: Rasse — ein Problem auch für uns. Selbstverlag Jürgen Rieger, 2 Hamburg-Blankenese, Isfeldstraße 7, 60 S. 4,80 DM.

Jürgen Rieger, Student (!), legt
hier ein wissensch
term

lation kann die Ras-
folgenschwer werden.
genden Rassen bezah-
fig mit dem kulturel-
len, manchmal mit dem biologischen
Verfasser weist das an

el, daß die
iner Rasse
ehirn und
mit einem minderen
zur kulturellen Stagnation, ja zum

Jürgen Rieger: nicht nur Neo-Nazi Anwalt, sondern selbst Rassist (hier: Buchbesprechung in der faschistischen Zeitschrift "Nation Europa" 12 /1969)

te gab sich da recht wortkarg, obwohl er doch angeblich schon länger mit der Nazi-Szene nichts mehr zu tun hat und wegen dieser Behauptung im Mai 1989 mit einer Bewährungsstrafe (gefährliche Körperverletzung) davongekommen ist. Im Februar 1990 war diese Version noch nicht zu hören gewesen. Aber auch diesmal hatte er damit Erfolg: am Ende des zweiten Tages wurde das Verfahren gegen ihn abgetrennt und vorläufig eingestellt.

Hatte sich bereits am ersten Tag die einzige Frau auf der Anklagebank, Stefanie Ahrens (geb. Krüger), aus der Affäre gezogen (Prozeß eingestellt), so nahmen nun nur noch sechs Faschisten am Prozeß teil. Zu ihnen gehört der dreißigjährige Detlev Brüel, seit mindestens zehn Jahren in der Hamburger Nazi-Szene aktiv. 1986 kandidierte er für die FAP zur Bürgerschaftswahl, 1987 war er Mitherausgeber der FAP-Zeitung "Informationen zur Lage im Norden". 1989 wurde er Bundesschatzmeister der terroristischen FAP. Mit großer Wahrscheinlichkeit war er auch der Mann, der beim diesjährigen Nazi-Treff in Hetendorf einen Journalisten mit einem Messer angriff.

Durch die Aussagen der ZeugInnen wird auch der Angeklagte Michael Homeister schwer belastet. Dieser ist einschlägig vorbestraft und hat enge Kontakte zum niedersächsischen FAP-Funktionär Torsten Heise, der sich der juristischen Aburteilung seiner Verbrechen (versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung und Landfriedensbruch) im Frühjahr 1990 durch das Abtauchen in den Untergrund entzog. Als Heise im Mai 1989 versuchte, mit seinem Pkw einen libanesischen Asylsuchenden auf dem Bürgersteig zu überfahren, saß Homeister mit im Auto.

War der zweite Prozeßtag mit der Anhörung der Zeugen aus der FAP (Daniel Knecht/ Köln; Norbert Appel/ FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen) zuende gegangen, so brachte der dritte Tag mit der Vernehmung eines Polizeibeamten den erneuten Abbruch des Verfahrens. Gezielt hatten Rieger und einige seiner Rechtsanwalts-kollegen mit Fragen nach der Gesinnung und dem Verhalten der Zeugen aus dem antifaschistischen Spektrum ("Haben Sie an diesem Tag in Oldenburg eine Eisenstange in der Hand gehabt?") sowie der häufigen Wiederholung sich stark ähnelnder Fragen die Geduld des Richters provoziert. Die Nichtzulassung einer dann für seinen Mandanten Brüel in der Tat wichtigen Frage nutzte Rieger sogleich, um einen Mißtrauenantrag gegen den Richter und die beiden Schöffen zu stellen. Mit Erfolg.

Ob der Prozeß noch in diesem Jahr fortgesetzt wird, ist zur Zeit offen. Das Erinnerungsvermögen der Zeugen wird allerdings wohl kaum besser werden. Bleibt ein weiteres Mal Neonazi-Terror ungestraft ?



FAP-Neonazis fordern vergeblich Zutritt zum Versammlungslokal (v.r. Stefan Bliesmer, Norbert Appel)

KIEL: Rechtsextremer Verleger auch in der DDR aktiv

Nach der "Treuespende Mitteldeutschland", die der rechtsextreme Verleger und Buchhändler Dietmar Munier zu Pfingsten dieses Jahres einforderte, bittet er seit Ende August die "Freunde und Kunden unseres Hauses" um weitere (finanzielle) Unterstützung. Diesmal soll das Geld unter dem Motto "Verrat an Ostdeutschland" dazu dienen, die bisherigen DDR-BürgerInnen in der Nähe der polnischen Westgrenze noch weiter gegen die in Polen lebenden Menschen aufzuhetzen, denn, so Munier in seinem Rundschreiben, "die Stimmung an Oder und Neiße wird in den nächsten Jahren für die Rückgewinnung Ostdeutschlands entscheidend sein!"

Zu diesem Zweck plant Munier eine "Hausverteilung in der gesamten Oder-Neiße-Region" und eine "Anzeigenkampagne mit David Irving" unter dem Motto: "Deutschlands Ostgrenze. Weder Oder noch Neiße". Nach eigenem Bekunden hat er den britischen "Historiker" beauftragt, "alle erreichbaren Unterlagen über Polens Rolle bei Planung und Durchführung der Vertreibung in allen wichtigen Archiven der Welt zusammenzutragen." Irving, dessen Arbeiten sich im gesamten rechtsextremen Spektrum höchster Beliebtheit erfreuen und der seit einiger Zeit die Ermordung von Juden durch das Nazi-Regime leugnet, "will sich nach Auswertung des Materials mit einem Appell an die Weltöffentlichkeit wenden, die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze nicht zuzulassen".

Bestandteil des Munier-Aufrufs, der von der DDR aus verschickt wurde - Verlagsrepräsentantin ist Edith Skawski, Gravenhainstrasse 78, 1273 Petershagen -, ist auch eine Karte mit "Deutschland in seinen völkerrechtlich gültigen Grenzen", die als "Reichsgrenze" die Grenzziehung vom 1.9.1939 (!) hervorhebt, zusätzlich aber auch die Gebiete markiert, die angeblich "unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes ab 1919 annektiert" wurden.

Angriffe auf Polen und der Versuch der Einverleibung polnischen Staatsgebietes sind zwei der Themen, um die sich die extreme Rechte in Zukunft sammeln wird. Munier, eine Zeitlang um ein gemäßigtes Erscheinungsbild bemüht, beteiligt sich an vorderster Front an diesen friedensgefährdenden Aktivitäten. Dabei gehen seine Geschäfte offensichtlich auch nicht schlecht: warum sonst sollte er den Bau einer Halle für die Lagerung von Büchern planen. Für ein neues Irving Buch? Der von Irving zur Unterstützung dieser Kampagne geplanten Vortragsreise sollte die Aufmerksamkeit von AntifaschistInnen gelten.

Flüchtlingspolitik in Neumünster

Braucht eine kurdische Familie warmes Wasser?

Seit März diesen Jahres steht der Arbeitskreis Ausländerpolitik in einer Auseinandersetzung mit der Stadt Neumünster, um die Wohnbedingungen einer kurdischen Familie zu verbessern. Die regierende SPD-Neumünster wurde dabei an ihrem eigenen im letzten Kommunalwahlprogramm formulierten Anspruch gemessen: "Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind Ausländerinnen und Ausländer gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt." (S.18)

Diese Auseinandersetzung steht nun allerdings ganz in der Tradition der Asylpolitik der Stadt, seit sie von der SPD regiert wird: Um jeden Einzelfall muß gekämpft werden. Wie das im Falle der kurdischen Familie geschah, soll im Folgenden in Auszügen dokumentiert werden:

AKAP, 12.3.90

"...erfuhren wir von den...Asylbewerbern, daß ihre Wohnung zwar mit einem Bad ausgestattet, jedoch kein heißes Wasser vorhanden sei. Dies ist, wenn man an unsere Witterungsverhältnisse denkt, ein unhaltbarer Zustand, der umgehend zu verändern ist."

Stadt Neumünster, 28.3.90

"Die Wohnung der Asylbewerber wird von der zuständigen Sozialpädagogin umgehend in Augenschein genommen. Vorsorglich möchten wir darauf hinweisen, daß eine Vorhaltung von Warmwasser keine Leistung im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt ist, sondern nur durch den Vermieter gewährt werden kann."

AKAP, 9.5.90

"Was die Wohnsituation anbetrifft, so ist zu vermerken, daß Herr ... zwar ausquartiert wurde, die Wohnung aber nunmehr von der fünfköpfigen Familie ... genutzt wird, wobei sich das Problem des nichtvorhandenen Warmwasseranschlusses noch verschärft. Wie uns zu Ohren kam, ist die Stadt Neumünster mit der WoBau als Vermieterin ... übereingekommen und hat die Vermietung an die Flüchtlinge in die Wege geleitet. Trifft dies zu, so sind wir der Ansicht, daß es sehr wohl in der Befugnis der Stadt läge, Schritte bezüglich der Warmwasserversorgung vorzunehmen."

Stadt NMS, 12.6.90

"Nach der Auskunft (des zuständigen Wohnungsbauamtes) handelt es sich um eine sogenannte Schlichtwohnung, bei der die Aussstattung mit einem Badezimmer nicht vorgesehen ist. Bei dem ca. 10qm großen, provisorisch mit einem Bad ausgerüsteten Raum handelt es sich ursprünglich um die ehemalige Waschküche, die von den Vormietern umfunktioniert wurde. Aufgrund der Vermietung als Schlichtwohnung ist deshalb von der Wohnungsbaugesellschaft auch eine Warmwasserversorgung nicht vorgesehen.

Selbstverständlich würde ich es auch begrüßen wenn der Familie ... eine größere Wohnung mit Bad und Warmwasserversorgung angeboten werden könnte. Dies ist aber gegenwärtig, aufgrund der angespannten Wohnraumsituation ... wohl kaum möglich."

Sozialdezernent Olbricht führt besonders die Aus- und Übersiedler an, denen es nicht besser ginge. Die Stadt unternehme "alle Anstrengungen weiteren Wohnraum zu schaffen und die Verhältnisse in unzulänglichen Wohnräumen zu verbessern"; nur durch "größere finanzielle Hilfe seitens des Landes und des Bundes sei das schnell erreichbar. Er schließt mit der Hoffnung "auf eine möglichst kurzfristige Verbesserung des Wohnungsmarktes"!

AKAP, 13.8.90

"Die unhaltbare Situation wurde lediglich durch eine juristische Definition umschrieben und für rechtens erklärt." Es wird der Einbau eines Warmwasserboilers gefordert. Weiter heißt es:"Die inzwischen erfolgte Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnwagen und die laut dem Holsteinischen Courier 3000 Wohnungssuchenden in der Stadt machen deutlich, daß Abhilfe einzig und allein durch Schaffung kostengünstigen Wohnraumes zu leisten ist... . Bei einer weiteren Verengung der Wohnraumsituation, der nicht entgegengesteuert würde, entstünde gerade aufgrund der bedauerlicherweise rechtzeitig zum Wahlkampf auf dem Rücken der Flüchtlinge erneut entfachten Asyldebatte eine Pogromstimmung, deren Opfer absehbar, deren Folgen unabmessbar sein werden."

Bis Anfang Oktober hatte die kurdische Familie immer noch keinen Boiler, obwohl der Sozialdezernent telefonisch angegeben hat, er habe den Einbau schon länger veranlaßt. Wenn dies keine Hinhaltetaktik ist, dann müssen wir davon ausgehen, daß andere Personen die Ausführung behindern. Schließlich sind deutlich rassistische Äußerungen in Telefongesprächen gemacht worden, die auch dies möglich erscheinen lassen. So lautete z.B. der Spruch eines Angestellten: "Was brauchen die denn warmes Wasser - sowas kennen die in der Türkei doch auch nicht."

Arbeitskreis Ausländerpolitik NMS

Aushöhlung des Asylrechts geht weiter

Am 1.10. 1990 wies das Bundesverwaltungsgericht per Beschluß eine Beschwerde des Asylbewerbers Cemal A. zurück. Die Beschwerde richtete sich gegen Cemals Nichtanerkennung als politisch Verfolgter durch das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Sollte dieser Beschluß auch vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben, hätte dies nicht nur weitreichende Folgen für Cemal A. selbst, sondern für einen Großteil der in der BRD asylsuchenden KurdInnen.
Cemal wird in der Türkei wegen der aktiven Unterstützung der Ziele der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) von den dortigen Strafverfolgungsbehörden mit Knast, Folter und evtl. Tod bedroht.
In der Urteilsbegründung des OVG Lüneburg heißt es dazu wie folgt: "...Der Senat geht davon aus, daß die Tätigkeit des Klägers in Kiel und anderen Orten der Bundesrepublik Deutschland den türkischen Sicherheitsbehörden bekannt geworden ist und - im Falle seiner Rückkehr in die Türkei - zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn führen wird (...)". Zu diesen Tätigkeiten "...gehört die Teilnahme des Klägers an einer Massendemonstration in Bonn am 9. März 1988. Über die Besetzungsaktionen ist in der Kieler Rundschau und - mit einem auch den Kläger zeigenden Foto - in der TAZ berichtet worden. Da die türkischen Auslandsvertretungen Berichte über regierungsfeindliche Aktionen und die für diese an herausragender Stelle Verantwortlichen sammeln und an die Strafverfolgungsbehörden in der Türkei weiterleiten (...), ist die Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Kläger hinreichend wahrscheinlich. Es kommt hinzu, daß gerade die PKK zu den meistverfolgten Gruppierungen in der Türkei zählt ...".
Im Anschluß an diese Ausführungen kommt das Gericht dann zu dem gelinde gesagt "überraschenden" Schluß: "... Die dem Kläger drohende Strafverfolgung ist indessen keine asylrechtserhebliche politische Verfolgung ...".
Gegen dieses Urteil legte Cemal A. Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein. In dem Ablehnungsbeschluß wird die menschenverachtende Rechtsprechung des OVG bestätigt. Kernpunkt der Beschwerde Cemals war die von ihm aufgeworfene Frage, ob eine an sich bestehende politische Verfolgung dann nicht zur Asylanerkennung führt, wenn der Verfolgte für eine Organisation (z.B. PKK oder IRA) eintritt, die Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung "nicht in jeder historischen Phase ablehnt".
Das Bundesverwaltungsgericht antwortet hierauf: "...In der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist indessen hinreichend geklärt, daß Asyl nicht beanspruchen kann, wer im Heimatland unternommene terroristische Aktivitäten oder deren Unterstützung von der Bundesrepublik Deutschland aus in den hier möglichen Formen fortzuführen trachtet (...). Dies kann - unabhängig davon, wie der Betreffende "selbst zur Frage der Gewalt steht" - auch in Gestalt der Unterstützung fremder Gewalt durch die Mitgliedschaft in einer gewaltbejahenden Gruppierung oder die sonstige Förderung ihrer Ziele geschehen, ohne sich an diesen Aktivitäten zu beteiligen...".
Noch jede Befreiungsbewegung wurde von den jeweiligen Herrschenden solange als terroristisch diffamiert (Nordirland, El Salvador, Palästina, Südafrika), bis diese ihr Ziel erreicht hatte (Algerien, Mozambique, Nicaragua (nein, nicht die Contras)). Da diese Siege nicht am runden Tisch erzielt werden, sondern immer auch mit Waffengewalt erkämpft werden müssen, wäre es nachgerade töricht, Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung in jeder historischen Phase abzulehnen. Und es ist in erster Linie Sache der jeweiligen Befreiungsbewegungen festzulegen, wann dieser historische Zeitpunkt gekommen ist.
Natürlich ist nicht zu verhindern, daß die türkischen Kolonialisten die PKK in ihrer Propaganda als terroristisch diffamieren, aber es ist ein Unding, daß die BRD die Sprachregelung der türkischen Kolonialisten übernimmt und in die eigene Rechtsprechung einbaut. Als ob es nicht schon

genug wäre, daß die für Massaker unter der kurdischen Zivilbevölkerung verantwortlichen Terrortruppen (SEKs) unter Anleitung deutscher Ausbilder von der GSG-9 ausgebildet wurden, mit Hubschraubern von MBB in ihre Einsatzgebiete geflogen werden und mit bundesdeutschen Waffen und Ausrüstungsmaterial bestückt sind.
Zurück zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts: "...Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse ist das Oberverwaltungsgericht zu dem Schluß gelangt, daß in der Türkei gegen den Kläger zu erwartende strafrechtliche Maßnahmen (Knast, Folter, Ermordung, d. A.) allein auf die von ihm bewußt gewollte Verstrickung in die Ziele der PKK durch verschiedene im Vorfeld zugunsten von deren terroristischen Aktivitäten geleistete Unterstützungshandlungen zielen würden. Nach diesen Feststellungen gilt eine Verurteilung des Klägers einer kriminellen Komponente seiner politischen Betätigung, deren Strafwürdigkeit in der Staatenpraxis geläufig ist.(...) Ein solcher Asylbewerber sucht nämlich, wie es das Bundesverfassungsgericht im Beschluß vom 20.12. 1989 formuliert hat, "nicht Frieden und Schutz vor politischer Verfolgung, sondern einen gesicherten Ort als Schutz für seine weitere Beteiligung an einem politischen Kampf, bei dem sein Einsatz - wenn auch nur im Vorfeld - helfen soll, dem Terrorismus der von ihm unterstützten Seite den Boden mitzubereiten...".
Faktisch heißt das, daß KurdInnen, die in die BRD geflüchtet sind und nicht tatenlos der Vertreibung und Massakern an ihrem Volk zusehen wollen, an ihrer Folterung und/oder Ermordung selber schuld sind.
"Interessant" ist, daß sowohl im Urteil des OVG, als auch im Beschluß des BVerwG schon mit einem Vorgriff auf das von der Bundesanwaltschaft gewollte Urteil im Düsseldorfer KurdInnenprozeß argumentiert wird. Hier soll mit gekauften Kronzeugen auf der Grundlage des berüchtigten § 129a eine innerhalb der BRD wirkende Teilorganisation der PKK als terroristische Vereinigung zusammengebastelt werden, um im Anschluß daran die gesamte PKK als terroristische Organisation abzustempeln. Mit der Folge, daß kurdische AsylbewerberInnen, die auch nur ins sympathisierende Umfeld dieser Befreiungsorganisation einzuordnen sind, als UnterstützerInnen einer terroristischen Vereinigung keine Aussichten auf Asylberechtigung haben.
Am Montag, den 29.10.1990 findet im Merhaba in der Harmsstraße 17 um 20 Uhr ein Treffen statt, um gemeinsam zu überlegen, wie diesem neuerlichen Schlag gegen das Asylrecht etwas entgegengesetzt werden kann.



Zur aktuellen Lage in Kurdistan:

Im folgenden dazu einige Zitate aus einem Artikel des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes, einer nicht unbedingt als linksradikal einzuschätzenden Zeitung.
"..vor Gericht steht (...) der türkische Soziawissenschaftler Ismail Besikci. Sein ´Verbrechen´: Er forscht und schreibt Bücher über die Kurden, deren Existenz die türkische Regierung leugnet. In seinem jüngsten Hauptwerk ´Kurdistan - eine Kolonie zwischen Staate´ stellt Besikci dagegen in geradezu Galileischer Manier fest: ´Es gibt sie doch - die Kurden.´ Wegen ´Verletzung der nationalen Gefühle und Unterstützung des kurdischen Separatismus´(Paragraph 142,3 des türkischen Strafgesetzbuches) drohen dem Angeklagten jetzt bis zu 22 Jahre Gefängnis.
Kurdistan ist in der Türkei noch immer das Tabuthema Nummer eins. Im offiziell vorgeschriebenen Sprachgebrauch heißen die kurdischen Gebiete ´Südost-Anatolien´. Wer in der Öffentlichkeit kurdisch spricht, riskiert sogar Gefängnis. Denn nach einem vom Nationalen Sicherheitsrat 1983 erlassenen Gesetz ist die kurdische Sprache verboten. (...) Daß sich ein Verfahren wie das gegen Besikci nicht gerade mit den



Aufstand in Cizre. Bild: Protestaktionen am 20. März.

europäischen Menschenrechtspakten verträgt, die ja auch die Türkei unterzeichnet hat, scheinen inzwischen auch die Richter des Istanbuler Sondergerichts zu ahnen. Ende Juli wurde der schon seit März inhaftierte Besikci immerhin auf freien Fuß gesetzt; der Prozeß gegen ihn geht allerdings weiter, und seine Bücher bleiben weiterhin beschlagnahmt.

In einem Gespräch am Tage nach seiner vorläufigen Freilassung analysierte Besikci die Situation in den kurdischen Gebieten: ´Dort hat es ganz entscheidende Veränderungen gegeben. Das kurdischen Volk ist sich seiner Freiheit und seiner Identität bewußt geworden. In den siebziger Jahren waren es nur einige wenige Intellektuelle, die sich mit dem Problem beschäftigt haben. Heute sind die Massen aktiv. Außerdem gibt es eine Guerilla-Bewegung, die ständig an Einfluß gewinnt.´

Die Guerillas der kurdischen Arbeiterpartei PKK kämpfen schon seit sechs Jahren für Unabhängigkeit oder zumindest regionale Autonomie. Gegen die wohl mindestens 500 PKK-Kämpfer scheint den türkischen Militärs jedes Mittel recht. Die Zahl der Verhafteten lasse sich gar nicht mehr zählen, weil die Armee ganze Dörfer inhaftiere, berichten Rechtsanwälte aus Diyarbakir, der größten Stadt in ´Südost-Anatolien´. Weit mehr als hundert sogenannte Terroristen haben türkische Soldaten allein in den vergangenen Wochen erschossen.

Aber die Toten seien bestimmt nicht alle Guerilla-Kämpfer gewesen, meint Ismail Besikci. ´Denn es herrscht dort Staatsterror. Väter werden vor den Augen ihrer Kinder gefoltert, Frauen vor den Augen ihrer Männer.

Am 10.6. 1990 fand im Dorf Cevrimli, das auf kurdisch Gere heißt, ein Massaker statt. 26 Menschen wurden umgebracht, vor allem Frauen und Kinder. Das Verbrechen schrieben die Behörden der PKK zu. Aber es gibt eindeutige Beweise, daß die türkischen Sondereinheiten dieses Blutbad angerichtet haben. Für mich ist das Völkermord.´

Tatsächlich hat sich die PKK von dem Massaker distanziert. In der Vergangenheit hatte die Partei durchaus die Verantwortung für solche Greueltaten - eine Rache an ´Kollaborateuren´ - übernommen. Doch diesmal nicht. Die linke Wochenzeitung ´Halk Gercegi´ (Wahrheit des Volkes) präsentiert eine Indizienkette, die den Verdacht eindeutig auf die in dem Gebiet operierenden Spezialverbände der Armee lenkt. Wenige Tage später wurde das Blatt kurzerhand verboten.

In den großen Tageszeitungen war über den Vorfall nur die offizielle Version von dem PKK-Verbrechen zu lesen. ´Nach dem Erlaß des Dekrets Nr. 424 können wir nur noch abdrucken, was der regionale Gouverneur genehmigt...´." Soweit das Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt.

Neue Hinrichtungen in der Türkei?

Aus Instanbul Ömer Erzeren

In der Türkei sollen wieder Hinrichtungen vollstreckt werden. Der türkische Staatsminister Mehmet Kececiler gab bekannt, daß das türkische Kabinett dem Parlament empfehlen wird, Todesurteile zu bestätigen. Dem türkischen Abgeordnetenhaus liegen insgesamt 287 Todesurteile zur Bestätigung vor.

„Mit dem Gedanken an Resozialisierung, mit dem Gedanken an die Praxis im Westen und um der Türkei das Image eines entwickelten Landes zu geben, haben wir lange Zeit gezögert, die Todesurteile zu bestätigen. Jetzt wollen wir, daß das Parlament die Todesurteile an terroristischen Bandenmitgliedern bestätigt", sagte Kececiler. Kececiler zeigte sich erbost über westliche Kritik an der Todesstrafe und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei: „Da erschießt jemand Polizisten und Soldaten. Anschließend begibt er sich in den Schutz westlicher Institutionen und sagt: Die Todesstrafe ist inhuman. Es gibt Folter in der Türkei. Wir lassen eine solche Plünderung nicht zu."

Seit 1984 wurden in der Türkei aus Rücksicht gegenüber dem westlichen Ausland keine Hinrichtungen mehr vollzogen. Die 287 zum Tode verurteilten Menschen sind mehrheitlich Mitglieder liksradikaler Organisationen. Allein 36 Mitglieder der kurdischen Guerillaorganisation PKK sind zum Tode verurteilt.

Die Ankündigung des Kabinetts, daß künftig Hinrichtungen vollzogen werden, ist offensichtlich Reaktion auf die jüngste Terrorwelle islamischer Fundamentalisten. Während die Polizei schnell „Schuldige" präsentiert, wenn bekannte Folterpolizisten getötet werden, fehlt von den Tätern auf anti-fundamentalistische, laizistische Persönlichkeiten jede Spur. Binnen weniger Monate wurden die Journalisten Cetin Emec und Turan Dursun ebenso wie die Dozentin Bahriye Ücok Opfer von islamisch-fundamentalistisch motivierten Attentaten. Kenner des Polizeiapparates weisen darauf hin, daß die Behörde von fundamentalistischen Kadern, die der regierenden Mutterlandspartei nahestehen, durchsetzt ist. „Ich kann nicht glauben, daß Minister und Abgeordnete, die selbst Sektenmitglieder sind, objektiv mit Tätern umgehen, die morden, um einen islamischen Staat zu errichten", merkte der Vorsitzende der Ankaraer Anwaltskammer Erzan Erzurumoglu zur Hilflosigkeit des Staates angesichts der Terrorwelle an.

Die Hinrichtung politischer Gefangener, die seit Jahren in den Gefängnissen einsitzen, soll offensichtlich den Staat ins reine waschen. Oppositionspolitiker kritisierten scharf die Ankündigung von Hinrichtungen durch Staatsminister Kececiler, der selbst enge Beziehungen zu Fundamentalisten unterhält.

„Ich kann die Terroristen nicht fangen, also morde ich diejenigen, die in meiner Hand sind", charakterisierte der Generalsekretär der Sozialdemokratischen Volkspartei Hikmet Cetin die Logik des Ministers. „Menschenverachtung" hat der Sekretär des Vereins für Menschenrechte Akin Birdal in den Worten des Ministers ausgemacht: „Sie sehen die Menschen im Gefängnis als Geiseln an."

die tageszeitung ■ DIENSTAG, 16.10.90

10. November - eine Demonstration gerade auch für AntifaschistInnen

Am 10. November findet in Kiel eine landesweite Demonstration statt.
10.30 Uhr Asmus-Bremer Platz - mit Zwischenkundgebungen, sowie Abschlußkundgebung mit anschließendem Fest im/am Merhaba (Harmstraße 17).
Titel der Demonstration ist: Wider den "Deutschen Geist" - gegen Sexismus, Rassismus, Faschismus, Nationalismus! Kein Vergeben und Vergessen der Verbrechen des Kapitals! Niemals Vergessen die Geschichte des Widerstandes!
Die Demonstration richtet sich gegen die Auswirkungen der "Wiedervereinigung" oder anders ausgedrückt gegen die Auswirkungen der Einverleibung der DDR durch das BRD-Kapital. Die Auswirkungen der Einverleibung sollen anhand von Sexismus - Faschismus - Rassismus und Nationaismus thematisiert werden. Dies soll durch Redebeiträge geschehen, die auf Zwischenkundgebungen an Orten gehalten werden die symbolhaft für die oben genannten Begriffe stehen (z.B. vor der Buchhandlung des Faschisten D. Munier - über die Rolle der Faschisten).
Die Demonstration richtet sich aber auch gegen das Vergessen der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Konkret gegen das Vergessen der Pogrome vom 9.November 1938 gegen JüdInnen.
Und gegen das Vergessen der Geschichte von unten: 9. November 1918 - Klassenaufstände in Deutschland.
Wir befürchten, daß der 9. November durch inszenierte Feierlichkeiten (9. November 1989 - "Fall der Mauer") dazu genutzt werden soll, die Geschichte von Faschismus, aber auch von Klassenaufständen endgültig zu "entsorgen".

NIEMALS VERGESSEN

Die Revolution von 1918
Als der 1. Weltkrieg im August 1914 unter Hauptverantwortung des deutschen Imperialismus vom Zaun gebrochen wurde, konnten die HERRschenden zunächst auf die Kriegsbegeisterung in weiten Bevölkerungsteilen setzen. Kaiser Wilhelms Ausspruch zu Kriegsbeginn: "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche..." traf den Geist jener Tage.
Mit den Stimmen der SPD wurden im Reichstag die Kriegskredite bewilligt, ohne die der Krieg nicht möglich gewesen wäre. Einzig Karl Liebknecht, damals noch SPD-Abgeordneter, stimmte dagegen. Doch die Kriegsbegeisterung ließ nach, je länger der Krieg dauerte. Auch die beste Propaganda konnte die Grausamkeit des Krieges nicht mehr vernebeln. Dazu kam die immer größer werdende soziale Not in der "Heimat". Alle Konsumgüter wurden aufs äußerste rationiert und in den Fabriken wurden massenhaft Frauen zwangsverpflichtet.
Trotz Streikverbot begann sich langsam der Widerstand zu regen. Es wurden Hungerstreik-Demonstrationen überwiegend von Frauen organisiert. Im April 1917 kam es zu einer großen Streikbewegung in der Rüstungsindustrie, im August 1917 zu einer Meuterei in der deutschen Flotte. Zu dieser Zeit brach im November 1917 in Rußland (nach dem alten russischen Kalender im Oktober) die Revolution los. Eine Revolution, die zum Sieg führte. Das gab insbesondere den revolutionären Kräften in Deutschland neuen Aufschwung.

Am 4. November 1918 brach unter den Kieler Matrosen erneut eine Meuterei aus, nachdem der Befehl ergangen war, die deutsche Flotte in "ein letztes Gefecht" zu führen. Der Kieler Aufstand war der Funke am revolutionären Pulverfass. Wie ein Steppenbrand breitete sich die Revolte aus, die schließlich am 9. November 1918 mit dem Sturz des alten Regimes und der Beendigung des 1. Weltkrieges ihren Höhepunkt fand. Kaiser Wilhelm wurde mit Pensionsanspruch nach Holland geschickt. Von 1918 bis 1923 kam es in Deutschland zu mehreren revolutionären Erhebungen.
Die Aufstände im Deutschen Reich waren also keine geschlossene Erhebung wie 1917 in der Sowjetunion. Das machte es der Konterrevolution natürlich leichter, die Aufstände einzeln niederzuschlagen. Am Ende der Aufstände waren erhebliche Teile der revolutionären Kräfte in Deutschland von den rechten Freicorps-Gruppen abgeschlachtet worden. Die Konterrevolution unter Führung der SPD hatte gesiegt, tausende von RevolutionärInnen waren ermordet oder verknastet worden.
Trotzdem blieb der 9.November ein Symbol der Revolution.



NIEMALS VERGESSEN

Die Pogrome vom 9. - 12. November 1938
Das Wort "Arisierung" wurde von den Faschisten geprägt, um mittels einer Sprachregelung die wirtschaftliche Vernichtung der JüdInnen zu verschleiern.
"Arisierung" bedeutet dem Sinn nach Enteignung und Übernahme "nichtarischen" Eigentums durch "Arier", durch Angehörige der "Herrenklasse". "Arisierung" war ein wichtiges Kriegsziel in der antisemitischen Offensive radikal-nationalistischer und faschistischer Verbände. Schon seit den frühen 20er Jahren wurden die JüdInnen systematisch als "Volksverderber" gebrandmarkt, wobei die Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens schon Jahrhunderte alt ist. Mit der Macht-übernahme der Nationalsozialisten als aggressivste Antisemiten wurde der Terror gegen JüdInnen als Staatsdoktrin installiert und quasi legalisiert. Die planmäßige Vernichtung aller Menschen jüdischen Glaubens fand nach außen einen brutalen Höhepunkt während der Pogrome um den 9. November 1938. Die letzten noch existierenden jüdischen Geschäfte wurden ebenso zerstört wie zahlreiche Privatwohnungen.
Was geschah mit den Betrieben, Geschäften und Praxen? In einem Klima der Verfolgung und Angst wurden sie billige Beute für viele nationalistische Geschäftsleute. Noch heute gibt es zahlreiche Geschäfte - auch in Kiel - die jüdisch-gläubigen Menschen von den "Ariern" geraubt wurden und bis heute von ihnen weitergeführt werden (z.B.: Hertie und Karstadt).
Als die Familie des Juden H. Grynszpan von den Abschiebungen polnischer Juden aus Deutschland betroffen war, schoß er den deutschen Diplomaten von Rath in der Pariser Botschaft nieder. Dieses Attentat wurde von den Nazis als Anschlag des "Weltjudentums" auf das deutsche Volk dargestellt und zur Anheizung der Pogromstimmung gegen die Juden benutzt.
Von Rath starb an den Folgen des Attentats. Diese Nachricht erreichte die Führungsclique der Nazis "offiziell" am Abend vor der Feier anläßlich des Jahrestages des "Marsches auf die Feldherrenhalle" (9.11.1923 mißglückter Putschversuch Hitlers).
Es ergingen sofort klare Anordnungen an die NS-Verbände. Die Anordnungen sahen vor, daß SA-Männer in Zivil überall im Land Versammlungen und antijüdische Demonstrationen initiieren sollten, aus denen heraus jüdische Geschäfte zerstört und geplündert , Synagogen angezündet oder gesprengt und die Juden angegriffen und festgenommen werden sollten.
Vom 8. - 12. November wurden ca. 8000 jüdische Geschäfte zerstört oder geplündert, mindestens 177 Synagogen angesteckt oder gesprengt und mindestens 91 Juden ermordet. Ca. 30 000 JüdInnen wurden von der SA festgenommen und in KZ's gesteckt.

NIEMALS VERGESSEN

Die blutige Spur der IG FARBEN

DEGESCH, die "Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung", stellte das Schädlingsbekämpfungsmittel Zyklon B her- bis heute. Alleine an das KZ Auschwitz verkaufte DEGESCH 23.2t Zyklon B. Damit wurden dort an die 2 Millionen Menschen umgebracht. Der Vernichtung von 6 Millionen JüdInnen, der Sinti und Roma, der Homosexuellen, der Behinderten und vieler anderer war die rassische Nazipropaganda vorangegangen, die sie als "Rassenschädlinge" bezeichnete. Einer der Eigner von DEGESCH war der Riesen-Chemie-Konzern IG FARBEN (IG steht für Interessengemeinschaft). Sie sorgte bereits im ersten Weltkrieg dafür, daß die deutsche Kriegsfront nicht nach einem halben Jahr zusammenbrach. Ab 1915 produzierte IG FARBEN Massen von synthetischem Salpeter, das für das Schießpulver gebraucht wurde. Mit einem Kriegsende zu diesem Zeitpunkt hätten mehrere Millionen Menschen überleben können. Auch für den 2. Weltkrieg war die IG FARBEN wieder von entscheidender Bedeutung. Die IG produzierte das synthetische Benzin und den künstlichen Kautschuk, damit die deutschen Militärfahrzeuge rollen konnten. Und natürlich auch Giftgase für den Krieg.
Als ein viertes Werk zur Kautschuk-Produktion für die Wehrmacht wählte die IG FARBEN Auschwitz aus. Sie war direkt am Ausbau des Lagers beteiligt und stellte auch zwei Millionen Mark dafür zur Verfügung. Um den 7 Kilometer langen Fußmarsch der Häftlinge zum IG FARBEN-Werk einzusparen, errichtete sie später ein eigenes KZ auf dem Firmengelände. Die Häftlinge, die zu ausgelaugt waren um weiterzuarbeiten, wurden vernichtet. Auch daran verdiente die IG FARBEN noch einmal aufgrund ihrer Anteile an DEGESCH. Direkt nach der Währungsreform 1948 konnte die IG Bilanz ziehen: Größtenteils unbeschädigte Produktionsanlagen im Wert von 6 Milliarden DM. IG FARBEN wurden nach dem Krieg in ihre Einzelkonzerne aufgelöst. Inzwischen sind ihre Nachfolger BASF, HOECHST und die BAYER AG im Chemiesektor weltweit wieder an der vordersten Stelle.
IG FARBEN hatte Ende der 20er Jahre Marktabsprachen mit STANDART OIL getroffen. Als der Weltkrieg bereits voll im Gange war, als die deutschen Panzerwagen über die europäischen Nachbarländer hinwegrollten und die deutschen Bomben flohen, gab es einen Treibstofflieferanten für die Nazi-Armee aus dem Ausland: der US-amerikanische Konzern STANDART OIL.
Außerdem bekam die IG FARBEN 20% der Einnahmen von STANDART OIL an deren Öl-Patenten. US-Treibstoff wurde in großem Maße an die britische Luftwaffe geliefert. Mit ihren 20% verdiente die IG FARBEN auch an der Bombardierung der deutschen Städte durch die britische Luftwaffe.
Vom 19. Oktober -21. November finden in Kiel "Un-Deutsche" Wochen statt, bei denen in Veranstaltungen die Auswirkungen der Annexion der DDR thematisiert werden (das Programm ist in diesem Heftabgedruckt).
Kontakt zum Demo-Bündnis über das Merhaba, Harmstr.17, Tel.677552.
Die Treffen zur Demo sind jeweils Sonntags um 15 Uhr im Merhaba.

Autonome Infogruppe Kiel

Molotow-Cocktails auf die Alte Meierei

Am Freitagabend, den 28.9.90, explodierten gegen 23.30 Uhr im Vorgarten der Alten Meierei, Hornheimer Weg 2, zwei Molotow-Cocktails (Brandsätze). Drei flüchtende Personen rannten in das Haus Schwanebeckstraße 13.

BewohnerInnen und FreundInnen der Alten Meierei, die daraufhin die Täter zur Rede stellen wollten, wurden auf Höhe der Brücke über die B404/4 von einer etwa 15-köpfigen, zum Teil mit Knüppeln bewaffneten Gruppe verfolgt und mit Leuchtspurmunition beschossen.

Innerhalb kürzester Zeit hatten sich ca 40 FreundInnen in der Meierei versammelt, um einen eventuell möglichen zweiten Angriff zurückzuweisen.

Zu der ca. 15-köpfigen Gruppe gehörten Jugendliche, die sich üblicherweise im Bereich der Brücke über die B404/4 aufhalten und dort schon mehrfach unangenehm aufgefallen sind. Bereits im Juli erschien in den KN ein Artikel unter der Überschrift "Bewohner am Viehburger Gehölz leben in Angst und Schrecken" (vgl. auch Auszüge im Kasten). Am 1.9. 1989 wurden in einer Aktion unter Beteiligung des Jugendamtes der Stadt Kiel nazistische Parolen und Hakenkreuze an den Brückenwänden entfernt. In den folgenden Monaten wurden weiterhin PassantInnen angepöbelt und in mindestens zwei Fällen von der Brücke aus mit Gegenständen beworfen.

Offensichtlich gelingt es hier organisierten Neo-Nazis Einfluß auf eine Clique Jugendlicher zu gewinnen. Dafür sprechen nicht nur die Molotow-Cocktails, sondern auch neben den wieder aufgetauchten Parolen an der Brücke wie z. B. "Juda verrecke" folgende Beobachtungen: hin und wieder ist zu beobachten, wie 13-15jährige Kids zusammen mit deutlich älteren Personen zusammenstehen, wobei die Älteren allein durch ihr Äußeres mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit als Neo-Nazis/Faschisten zu identifizieren sind.

Erleichtert wird den Faschisten der Zugriff auf die Jugendlichen u.a. dadurch, daß im Stadtteil keine Einrichtungen/Treffpunkte für Jugendliche vorhanden sind. Dies wurde auch schon im KN-Bericht bemängelt. Geschehen ist natürlich noch überhaupt nichts(Nein, natürlich kann allein mit sozialarbeiterischen Maßnahmen faschistischen Orientierungen fast nichts entgegengesetzt werden).

Zwar mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, aber immerhin, wurde im Stadtteil ein Flugblatt verteilt, auf dem über den Angiff auf die Alte Meierei informiert wurde. Wir werden die weitere Entwicklung verfolgen und natürlich auch berichten.

„Wir wissen uns allein nicht mehr zu helfen." Nach einem Urlaub habe er sein Haus „verwüstet" vorgefunden; ein anderes Mal wurde ihm eine Markise gestohlen. Einem Nachbarn sei der Zaun angesteckt worden, Gartentore verschwanden.

Immer wieder seien die Delikte angezeigt worden, das zuständige 4. Polizeirevier habe aber „überhaupt nicht" oder nur „unzureichend" ermittelt. Obwohl die Täter meist namentlich bekannt waren.

Von den Nachbarn wagt kaum noch einer, etwas zu sagen, weil er einen Racheakt befürchten muß. Ältere und Alleinstehende haben Angst, Frauen wagen sich nicht mehr auf die Straße." Ein „anonymer Schutz der Anzeigenden" und eine „klare, erkennbare Zusammenarbeit mit der Polizei" sei das mindeste, fordern die Anwohner.

Kay Kramm, Leiter des zuständigen Polizeireviers, sieht „keine akute Gefährdung" der Bürger: „Mit einem Verfahren pro Woche ist die Lage hier nicht anders als sonst. Und latente Angst gibt es in allen Stadtteilen."

Kramm versichert: „Der harte Kern der vier oder fünf Straftäter ist uns bekannt. Gegen sie wird ermittelt, die Sache mit den Schmierereien wird von der Kripo bearbeitet. Die übrigen Jugendlichen sind Mitläufer."

Einig sind sich die Vertreter von Polizei und Stadt, daß das Problem „ein soziologisches ist und nicht mit ordnungsbehördlichen Mitteln zu lösen". Kein Zufall, daß der Stadtteil mit Freizeiteinrichtungen für Jugendliche „unterversorgt" ist, meint Stadtjugendpfleger Joachim Diederich. (ha)

Faschistischer Terror in Neumünster

Wir wollen mit diesem Artikel noch einmal die Ereignisse vom 8. auf den 9. Juli in Neumünster darstellen und darüberhinaus etwas zu dem, was danach an Initiativen lief, wie die Situation derzeit ist und wie wir diesen massiven Angriff im Gesamtzusammenhang begreifen, sagen.

Zunächst übernehmen wir aus unserem, kurz nach den Ereignissen erschienenen Flugblatt die Passagen, in denen der Ablauf des Geschehens dieser Nacht geschildert worden ist.

Nach dem Fußballspiel rotteten sich 2000 "Fußballfans" in der Innenstadt zusammen. Die ganze Innenstadt war blockiert. Ein großer Teil der Menge begann - wie schon an den Tagen zuvor - nationalistische und faschistische Parolen zu rufen ("Deutschland den Deutschen", "Ausländer raus", "Sieg Heil", "Heute der Cup - morgen die ganze Welt"). Neben den Deutschland-Fahnen waren auch zahlreiche Reichskriegsflaggen zu sehen. Vor allem türkische Jugendliche, die auf der Straße waren, wurden von der zum Teil mit Knüppeln bewaffneten Meute attackiert und eine regelrechte Jagd auf sie veranstaltet.

DER ANGRIFF DES FASCHISTISCHEN MOBS

Um 24 Uhr formierten sich ca. 300-400 sogenannte "Fußballfans" in der Wasbekerstraße zu einem Zug und marschierten unter "Ausländerrausundsiegheil"-Gebrülle durch die Fabrikstraße in die Bahnhofstraße. Hier flogen sofort Steine auf das ehemals besetzte Haus, den Infoladen und den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen.

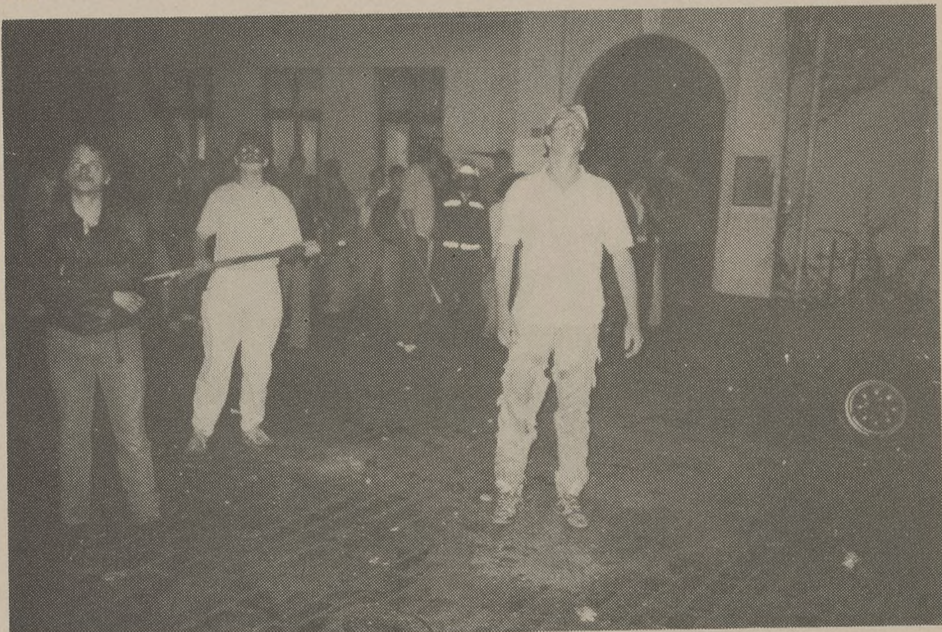
Wir hatten aufgrund der Ereignisse in den letzten Tagen und der Entwicklung der letzten Monate mit einem Angriff gerechnet und haben uns dementsprechend verteidigt. Wir konnten aufgrund der hohen Anzahl des faschistischen Mobs zwar nicht verhindern, daß Scheiben eingeworfen wurden, aber daß die Randalierer das Haus stürmen.

Es begann eine 2,5 Stunden dauernde Belagerung des ehemals besetzten Hauses. Innerhalb dieser Zeit wurden die meisten Scheiben vom Infoladen, Notruf sowie vom Haus zerstört. Das ehemals besetzte Haus wurde von der Straße, vom Grundstück des Schusters Stüben, des Schlachters Suel und sogar vom Gelände der Sager'schen Fabrik aus mit allem, was greifbar war, angegriffen.

gelegt. Dies ist als Mordversuch zu werten, weil das auslaufende Benzin durch den heißen Motor, brennende Zigarette o.ä. hätte entzündet werden können.

UND DIE POLIZEI SCHAUT TATENLOS ZU !

Bereits eine Stunde vor dem Angriff wußte



Faschistische Schläger vor dem Haus

Auch die verbalen Attacken waren von übelster Sorte und zeigten, welch Geistes Kind die Angreifer waren. Der Naturfarbenladen Arche Nova und das B.U.N.D.-Büro wurden nicht nur entglast, sondern auch innen völlig verwüstet. Beim Schuhgeschäft Stüben wurden alle Scheiben zertrümmert und die Auslagen als Wurfgeschosse verwendet. Beim Schlachtergeschäft Suel gingen diverse Scheiben zu Bruch, vom Hinterhof drangen die Faschisten sogar in dessen Wohnung ein und verwüsteten Teile der Einrichtung. Bei diversen anderen Wohnungen gingen einzelne Scheiben zu Bruch.

Nahezu alle Autos, die in der Gegend parkten, wurden demoliert. Beim Auto einer Antifaschistin wurde die Benzinleitung durchschnitten und auf den Motorblock

die Polizei, daß sich am Gänsemarkt Faschisten zusammenrotten. Die Polizei kümmerte sich jedoch nicht um diese, obwohl durch Knüppelbewaffnung etc. offensichtlich war, daß die Faschisten auf ihre "eigene" Art "feiern" wollten. Als die Meute randalierend in der Bahnhofstraße stand, erschien die Polizei mit genau einem Wagen und drei Mann Besatzung. Anstatt den Mob von der Straße zu räumen, gesellten sie sich in die Menge und schauten die nächsten zweieinhalb Stunden zu, wie die Horde randalierte, Menschen zusammenschlug und Läden, Wohnungen und Autos zerstörte.

Die Lynchmentalität dieses Mobs erinnerte an die der SA-Mörderbanden des Dritten Reiches. Dementsprechend war auch unsere Stimmung geprägt. Zweieinhalb Stun-

den mußten wir mit allem rechnen, bis hin zur Stürmung des Hauses. Und wir wußten, daß wir nur auf unsere eigene Kraft vertrauen konnten, daß von Seiten der Polizei nichts passieren würde, daß wir nur hoffen konnten, daß der Mob abzieht oder daß sich irgendwann genügend UnterstützerInnen zusammengefunden haben, um diese zu verjagen.

SOLIDARITÄT SETZT EIN

Die Woche darauf waren wir einmal beschäftigt Öffentlichkeit zu schaffen und zum anderen damit, die entstandenen Schäden zu beheben. Uns war klar, daß wir möglichst viele Menschen darüber informieren mußten, erst recht deswegen, weil die bürgerlichen Zeitungen fast vollkommen versagten, die entweder wie der "Holsteinische Courier" den Angriff als zielgerichtete Aktion darstellten, aber nicht weiter in einen gesellschaftspolitischen Zusammenhang stellten oder gar wie die "Kieler Nachrichten" , die lediglich von wahlloser Randale über die Stränge schlagender feiernder Fußballanhänger schwafelte.



Das konnten und wollten wir so natürlich nicht stehenlassen, denn der Angriff des Mobs stellte für uns eine neue Qualität dar, das wollten wir so vermitteln. Produkt davon war ein Flugblatt, das mit relativ vielen Menschen diskutiert und besprochen wurde.

Der Angriff bewirkte einen recht starken Solidaritätseffekt mit uns, auch bei Menschen, die wenig mit uns zu tun haben, und ermöglichte, daß das Flugblatt in hoher Auflage gedruckt und dementsprechend breit verteilt werden konnte. m Zuge davon erreichten uns viele Spenden, so daß die uns entstandenen Unkosten gedeckt werden konnten. Am darauffolgenden Sonntag fand ein Plenum statt, zu dem rund 50 Menschen erschienen. Ein Ergebnis war, möglichst schnell eine Solidaritätsveranstaltung durchzuführen, um einen Teil des Geldes für die enstandenen Schäden aufzubringen. Weitgehende Einigkeit bestand darin, daß es dabei jedoch nicht stehen bleiben könne. Die Solidaritätsveranstaltung, die am 18.8. in der Reichshalle stattfand, wurde trotz des guten Wetters von über 100 Menschen besucht. Es wurden Beiträge über den Ablauf der Ereignisse gehalten und Dias von derselben Nacht gezeigt. Zudem wurden Stellungnahmen von BewohnerInnen des Hauses Bahnhofstraße 41, dem "Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V." und des "Arbeitskreises Ausländerpolitik" (AKAP) abgegeben. Manko dieser Veranstaltung war, daß daraus kaum inhaltliche Diskussion zustande kam und wir nicht unbedingt zufrieden waren. Jedoch zeigten andere Städte durchaus Interesse daran, daß wir bei ihnen nochmals was zu den Ereignisse erzählen. Bisher waren wir in Kiel, wo wir auch auf mehr Interesse und weniger Konsumorientierung stießen. Weitere Veranstaltungen waren bzw. werden in Lübeck und Norderstedt sein.

PARALLELEN

Hafenstraße: Seit nunmehr zwei Jahren gibt es schon fast regelmäßige Angriffe von Seiten der Hooligans und Faschoskins. Diese Aktionen begannen im Juni 1988, bezeichnenderweise nach einem EM-Spiel in Hamburg. Seitdem bleibt der Hafen nicht mehr von Aktionen von rechts verschont, wie jüngst am Wochenende 8./9. September, wo 60 Skinheads auf die Häuser losgingen (lt. TAZ).

Ostberlin: Randale vor besetzten Häusern, von denen in Ostberlin mehr als 100 existieren. Die Angriffe laufen in der Regel nach Fußballspielen (d.h. mindestens wöchentlich !!!). Dabei gehen die Faschisten nicht gerade zimperlich vor. Ein Beispiel: "Eine Gruppe von 10 Nazis, ausgerüstet mit Baseballschlägern, Reizgas und SS-Uniformkappen dringt über das Dach in das besetzte Haus in der Kreuzigstraße ein, überfällt die BesetzerInnen im Schlaf. Sie sprühen die Zimmer voll mit Gas; - eine Frau kommt mit Rippenbruch ins Krankenhaus."

Die Ereignisse in Hamburg und Ostberlin sind die Spitze eines Eisberges, der sich durch das ganze "großdeutsche Reich" schiebt, selbst in der tiefsten Provinz haben sich Faschoangriffe im Laufe der letzten 1-2 Jahre auf das Heftigste verstärkt.

Kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Faschoangriffen in der Bahnhofstraße, so waren diese dennoch recht selten, regelmäßig alle Vierteljahr einmal. Mittlerweile hat sich die relative Ruhe geändert; ganz besonders nach diesem denkwürdigen WM-Spiel: allein in der Woche nach dem Spiel wurden die BewohnerInnen der Bahnhofstraße 41 viermal von vorüberziehenden Faschos mit Steinen, Leuchtkugeln und Scheiß-Sprüchen belästigt; ansonsten kommen nahezu jedes Wochenende kleine Grüppchen von Faschos dort vorbei, um wohl ihren Mut zu beweisen.

Die Eskalation faschistischen Terrors ist Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung: die Sprache der Herrschenden wird aggressiver. Die Medien betreiben spätestens seit einem Jahr massivste antikommunistische und nationalistische

Hetze, um eine Basis für die Projekte der Monopolkonzerne herzustellen, also für die nun faktische Annexion der DDR, der damit verbundenen expansionistischen Interessen nach Osten hin und des europäischen Binnenmarktes 1992 als Verfestigung des dritten imperialistischen Blockes neben Japan und den USA.

Daß die Propaganda Früchte trägt, zeigen allein schon zwei Beispiele aus der aktuellen politischen Diskussion:

- Oskar Lafontaine überlegt daran, eine Einschränkung des Asylrechts im Grundgesetz zu verankern und befindet sich damit eindeutig im Fahrwasser der deutschnationalen-rassistischen Welle.

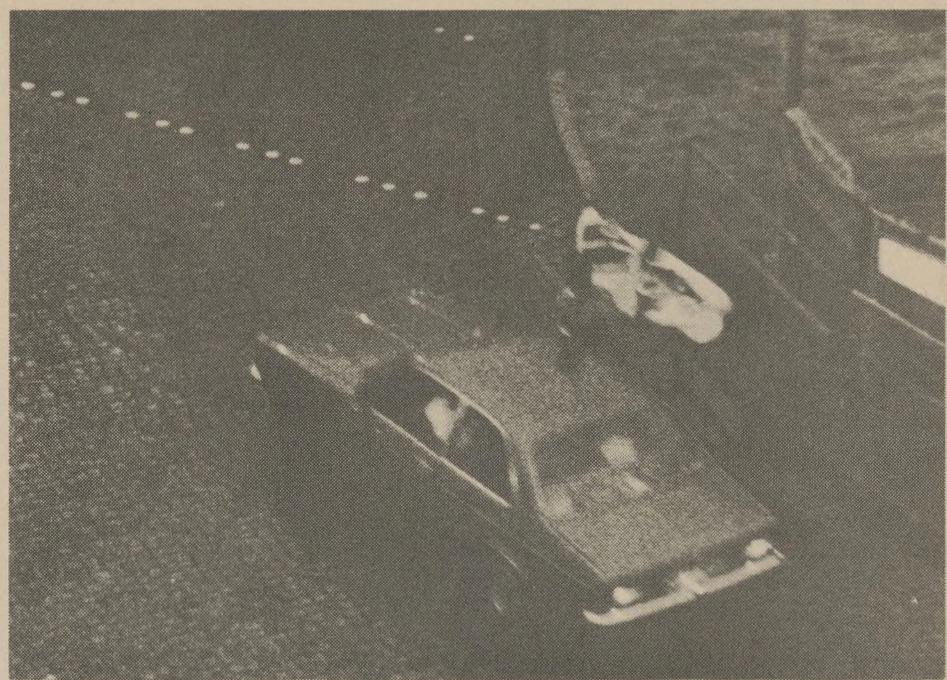
- Die Forderung nach einem Einsatz im Nahen Osten und einer allgemeinen Erwartung des Einsatzgebietes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Territoriums.

HIER UND HEUTE

Mittlerweile ist die Situation hier folgende:

- Die Spenden, die wir bekommen haben, werden geviertelt:
a) Haus Bahnhofstraße 41
b) Gebäudekomplex Bahnhofstraße 44 (Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Infoladen Omega und andere Gruppen)
c) Naturfarbenladen Arche Nova (hier entstand ein Sachschaden von über 10.000 DM)
d) Anwaltskosten.

- Es wird Anzeige gegen die Polizei vom Notruf und Arche Nova gemeinsam wegen



unterlassener Hilfeleistung erstattet.

- Als weiterführendes Resultat aus der Solidaritätsveranstaltung werden Veranstaltungswochen gegen Faschismus und Nationalismus geplant. Integrierender Bestandteil hierbei sind die Mobilisierungen zu den diversen Demos, die sich gegen die Annexion der DDR durch das BRD-Kapital wenden. Für die Veranstaltungswochen steht bisher fest: Veranstaltung zum 9.11. in seiner historischen Dimension (1918, 1923, 1938, 1974, 1989) mit den damaligen Reaktionen und dem Widerstand jeweils dazu, Videoveranstaltung zu EG 92, Workshop (wobei noch nicht klar ist mit welcher inhaltlichen Ausrichtung. Ideen sind: Faschismustheorien, Antifaschistischer Widerstand vor '33), eine Veranstaltung des AKAP, AntiFa-Konzerte, möglicherweise ein "Rock gegen Rechts", eine Ausstellung (wahrscheinlich "Militanter Neofaschismus"), und wenn es klappt auch ein Kabarett und eine Veranstaltung mit Reinhard Kühnl, der zumindest Interesse angemeldet hat. Wie jedoch so häufig ruht die Last der Arbeit bisher nur auf wenigen Schultern.

Nichtsdestotrotz der Kampf geht weiter.

Diesen Beitrag erhielt die ATZE aus Neumünster zugeschickt; der besseren Überschaubarkeit wegen haben wir einige Zwischenüberschriften eingefügt.



Undeutsche Wochen in Kiel

-19.Oktober bis 21.November 1990

28.Oktober 90, 20 Uhr,
Hansastr. 48,
"Atommacht Deutschland?",
Referent: Holger Kuhr, Hamburger Arbeitskreis Atomwaffenverzicht
31.Oktober 90, 20 Uhr,
"Pumpe", Haßstraße,
"Droht der Vereinigte Sicherheitsstaat deutscher Nation?"

03.November 90, Berlin,
Bundesweite Demonstration

05. November 90,
"Pumpe", Haßstraße,
"Umstrukturierung und Stadtplanung in Kiel"
09. November 90, 17.Uhr,
Friedhof Eichhof,
"Gedenken an den Kieler Matrosenaufstand - gegen die Kriegshetzer von heute"
09. November 90, 20 Uhr,
deutsch-türkisches Volkshaus, Kaiserstraße 92, Kiel-Gaarden,
"Die Völkermorde der Nazis - Geschichte und Funktion"

10. November 90,
10.30 Uhr,
Asmus-Bremer-Platz, Kiel,
Demonstration "Wider den deutschen Geist"

14. November 90, 20 Uhr,
Hansastr. 48,
"Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus"
16. November 90, 20 Uhr,
deutsch-türkisches Volkshaus, Kaiserstr. 92, Kiel-Gaarden,
"Wie sicher ist Polens Westgrenze?"
21. November 90, 20 Uhr,
"Pumpe", Haßstraße,
"EG-Binnenmarkt und ökonomische Unterwerfung Osteuropas"
mit Rainer Trampert (Ex-Vorstandsmitglied der "Grünen" und Mitarbeiter der "Radikalen Linken

Flensburg: Skinheads greifen besetztes Haus an

Am Montag, den17.9.1990 wurde das seit Februar 90 besetzte Haus in der Norderstraße 159 von ca 15 bis 20 Skinheads angegriffen. Dabei wurden zahlreiche Fensterscheiben des Hauses eingeworfen und ein Bewohner so schwer verletzt, daß er mit Verdacht auf Nasenbeinbruch und schwerer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eigeliefert werden mußte.
Außerdem versuchten zwei offensichtlich aus Kellinghusen kommende Skinheads mit einem Molotow-Cocktail, den sie sich an einer nahe gelegenen Tankstelle gefüllt hatten, einen Brand in einem Anbau des Hauses zu legen. Das schnelle Eingreifen der Feuerwehr verhinderte eine Ausweitung der Flammen auf das Haus.
..." Die herbeigeeilten Einsatzkräfte der Polizei schauten zunächst bei den Prügeleien zu, drohten dann, alle aufgrund des "dringenden Tatverdachtes" zu verhaften und fuhren die Skinheads schließlich mit einem Stadtbus nach außerhalb "...
Kurzzeitig überlegten die Polizisten sogar eine Räumung des Hauses, als sie auswärtige UnterstützerInnen aus verschiedenen Städten als "Neumünsteraner Hausbesetzerszene" identifizierten.
Zum Hintergrund der Auseinandersetzungen:
Ein Teil der Skinheads, die sich an dem Überfall beteiligten, waren bis zu besagtem Montag Bewohner des Hauses Norderstraße 159. Sie wurden von den anderen BesetzerInnen rausgeworfen, nachdem zwei HausbewohnerInnen kurz zuvor in einem Waschsalon von ..." einigen Fascho-Skins und zwei weiteren MitbewohnerInnen (Skins) angepöbelt und sogar angespuckt worden sind..."
Schon zuvor gab es zwischen den Besetzergruppen Auseinandersetzungen über praktische Fragen des Zusammenlebens, wie auch über politische Fragen. Die übriggebliebenen HausbesetzerInnen schrieben in einem am folgenden Dienstag verteilten Flugblatt: ..."Unser Gefühl wurde bestätigt, daß "unser" Haus zum Abwohnen und Abfeiern benutzt worden ist. Mehr und mehr wurde uns klar, daß unsere Ideen und Hoffnungen auf ein gemeinsames Leben keine Chance hatten auch nur ansatzweise entwickelt zu werden. Aufgrund der persönlichen Verbundenheit mit den BewohnerInnen, gegen die sich der heutige Beschluß richtet, haben wir jenen Zustand bisher ertragen. Eine Konsequenz war, zunehmend isoliert dazustehen.(...) Eindeutig war der Widerspruch, einerseits "alternativ" wohnen zu wollen, jedoch durch exzessives Abfeiern, laute Musik und unzureichende Instandhaltung negativ aufzufallen. Ebenso klar war der antifaschistische Anspruch vorhanden, wohingegen einige Besucher dem rechten Spektrum angehörten, hin und wieder von BewohnerInnen faschistische Äußerungen zu hören waren und nicht zuletzt gar Kontakte zu den Fascho-Skins bestanden..."
Die Skinheads wurden von der Stadt inzwischen in einem Haus am Hafermarkt untergebracht. Wir dürfen gespannt sein, wie sich das Ganze weiterentwickelt. Als Möglichkeit zur Unterstützung einer eher positiven Entwicklung bietet sich unseren LeserInnen die Chance, auf nachstehendes Konto zu spenden(Geld natürlich). Damit wird den BesetzerInnen der Norderstraße z.B. erleichtert, das Infocafe zu renovieren; d, h. unter anderem auch die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und so verlorenen Boden auch in der Flensburger Linken gutzumachen.

Stadtsparkasse Flensburg
BLZ 21550050
W. Greve
101034024

Überblick über den Stand des 129a - Verfahrens gegen die revolutionäre Antifa und den Widerstand

Zur Erinnerung:
Am 15. Juni 1989 wurden in Hamburg und Umgebung neun Wohnungen/Meldeadressen und Ferienwohnungen von insgesamt sechs Leuten durchsucht. Aus den zum Teil nachgeschobenen Begründungen ergab sich folgendes Bild:

- Gegen vier Leute (Andreas, Anke, Burkhard und Renate) läuft ein Ermittlungsverfahren gemäß §129a.
- Gegen Burkhard und Renate und zwei weitere Personen läuft ein Ermittlungsverfahren nach § 250 StGB (schwerer Raub). Dieses Verfahren bezieht sich auf den Überfall auf das Faschisten-Ehepaar Worch im Mai 1989. Von einem "Mobilen Antifa Kommando/MAK" wurden Worchs diverser Aktenordner mit faschistischem Material entledigt.

Im Zuge dieser Hausdurchsuchungen wurden Burkhard und Renate unter dem Vorwurf, an der Aktion beteiligt gewesen zu sein, eingeknastet. Nach sieben Wochen Untersuchungshaft wurden die beiden entlassen, weil das vermeintliche Beweismaterial erschüttert ist.

Das 129a-Verfahren läuft also erst mal gegen vier Leute. Den vier Leuten wird vorgeworfen, eine oder mehrere terroristische Vereinigungen zu bilden, die verantwortlich sein sollen für verschiedene Anschläge im norddeutschen Raum, die seit 1983 gegen - wie die Ermittlungsbehörden sagen - politische Gegner (Faschisten), vermeintliche Repräsentanten des Staates und Einrichtungen ihrer selbsternannten Feinde stattgefunden haben.

Aus dem bisher einsehbaren Aktenstand wird deutlich, daß gegen mindestens zwei weitere Leute ermittelt wird, davon gegen eine Person aus Kiel.

Nach dem 8.10.1987 wurde in Kiel beim LKA eine "Sonderkommission Bohlinger" eingerichtet. Dies geschah als Reaktion auf den an diesem Tag versuchten Anschlag auf den faschistischen Bohlinger-Verlag in Struckum bei Husum.

Diese Ermittlungsgruppe "Bohlinger" stellt u.a. folgendes Konstrukt auf:
Am 1. Oktober 1987 fand in Kiel im Rahmen einer bundesweiten Antifa-Kampagne gegen die Wiking -Jugend eine der ca. 20 Veranstaltungen statt, die damals im ganzen Bundesgebiet stattfanden.

Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurden u.a. vier Namen von faschistischen FunktionärInnen genannt, gegen die zwei bzw. sieben Tage später in Struckum, Flintbek, Warnau und Salzgitter Aktionen liefen - von Glasbruch über kaputte Autoreifen bis zu Brandstiftung.

Durch den im Saal anwesenden Staatsschutz und eine anwesenden Faschistin werden die ReferentInnen identifiziert.

Dann wird konstruiert, diese seien für die Anschläge verantwortlich, da so schnell nach der Nennung von Namen in einer Veranstaltung niemand anderes Anschläge gegen die Genannten hätte vorbereiten können.

Dieses seit 1987 laufende Ermittlungsverfahren wird allerdings erst im Herbst 1989 durch Akteneinsicht in das jetzige Verfahren bekannt.

Noch eine zweite Veranstaltung, die in Kiel lief, taucht in den Ermittlungsakten auf. Die antifaschistische Veranstaltung über die neue Rechte vom 20.4.1988. Sie dient nun dazu das "Hintergrundwissen" über faschistische Organisationen und Strukturen der RednerInnen, in diesem 129a-Verfahren, unter der subjektiven Tatseite zur "Anschlagsrelevanten Thematik" zu machen.

Der letzte Stand:
Die Bundesanwaltschaft teilt folgendes mit:
Die anfänglichen Verdachtsmomente wegen Mitgliedschaft der vier Beschuldig-



ten in einer terroristischen Vereinigung hätten sich nicht bestätigt. Die Ermittlungen seien an die zuständige Staatsanwaltschaft in Hamburg abgegeben worden, die wegen der infragekommenden Straftatbestände (Brandstiftung etc.) weiter ermitteln würde.

Das heißt nicht, daß das 129a-Verfahren eingestellt ist.

Zur Zeit wird offiziell nicht unter 129a-Vorwurf ermittelt. Die zuständige Staatsanwaltschaft kann aber jederzeit erneut auf ein 129a-Verfahren erweitern! Dies ist auch schon oft vorgekommen, unter anderem in dem früheren Verfahren gegen Andreas (?? d.Tipper).

Auf jeden Fall ermitteln die Staatsschutzbehörden weiter und auch Hamburg verweigert die Akteneinsicht.

Daß zur Zeit nicht mehr unter 129a Vorwurf ermittelt wird, macht einen Sinn:

Der mobilisierende Charakter, den inzwischen alle 129a-Verfahren mit sich bringen, fällt für dieses Verfahren zunächst einmal weg, und damit fallen auch Möglichkeiten der Mobilisierung gegen die Repression gegen die autonome Antifa und Widerstand weg. Diese Verfahren steht im Zusammenhang zu vielen anderen Maßnahmen gegen den Widerstand in Hamburg und anderswo. Seit Juni 1989 sind mehrere weitere 129a- und andere Verfahren gegen Hamburger GenossInnen eingeleitet worden. Dieses Verfahren ist nur ein Baustein in den Repressionsstrategien gegen den Widerstand in Hamburg. Der staatsschützerische Ansatz, das Zusammenkommen, die Auseinandersetzung und die entwickelte Praxis zu zerschlagen und gleichzeitig zu trennen, wird weiterverfolgt. Knüpfpunkte einer autonomen Infrastruktur wie Zentren und Wohnprojekte (z.B. Hafen, Flora , Schwarzmarkt) stehen dabei immer wieder im Zentrum der Staatsschmutzangriffe. Die zuletzt eingeleiteten Verfahren stehen deshalb nicht zufällig im Zusammenhang mit den genannten Projekten.

Und nicht zuletzt im Gegensatz zur vorherigen Situation können Beschuldigte zu ZeugInnen werden, die sich dann nicht mehr auf ein legales Aussageverweigerungsrecht Beschuldigter berufen können.

Wer/welche mehr über dieses Verfahren wissen möchte der/dem sei das Info 3 der Soligruppe Hamburg empfohlen: Es ist für DM 4 in Kiel im Zapata Buchladen, im Merhaba, Krass und in jedem Infoladen in Schleswig Holstein zu bekommen.

Ein Teilbereich

Einer der politischen Bereiche, der auch einen Schwerpunkt für den Kriminalisierungsansatz des Staatsschutzes darstellt, ist der Antifa-Bereich.

In den Ermittlungspapieren ist von einer (oder mehreren) terroristischen Vereinigung(en) die Rede, die "über den Rahmen der Antifa-Bewegung hinaus ihre politischen Ziele gewaltsam verfolgt und durchzusetzen versucht hat" und "im gesamten norddeutschen Raum seit 1983 Brandanschläge auf das Eigentum ihrer politischen Gegner und solcher Personen und Vereinigungen verübt hat, die als Repräsentanten des von ihnen abgelehnten Staatswesens angesehen werden."

"Terroristische Vereinigungen" also seit 1983 aktiv "über den Rahmen der Antifa-Bewegung hinaus" -

Um welche Politik geht es?

Ein paar Stichworte zur damaligen Situation:

1983 hatte es mit der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) zum ersten Mal in der neueren deutschen Geschichte eine bundesweite militante Fascho-Organisation gegeben, die unmittelbar am Nationalsozialismus als Vorbild anknüpfte. Ein zunehmender Rassismus artikulierte sich sowohl mit der offiziellen Ausländerpolitik als auch in faschistischen Aktionen und Propaganda. Eine entsprechende Polarisierung in der Jugend zeichnete sich ab, die Entwicklung der Punk-Bewegung und - in Hamburg sehr konkret - die faschistisch organisierten Versuche über die Skinheads deutschtürkische Jugendzentren und -banden anzugreifen und deutsche Jugendliche, Fußballfans usw. in die rechte Formierung einzubinden.

Seit 82/83 sind in der Antifa-Bewegung autonome Gruppen maßgeblich an der Bestimmung und Entwicklung antifaschistischer Politik beteiligt gewesen.

Gegenüber herkömmlichen Positionen, wie sie sich ausdrückten in Parolen wie "Ein neues 33 verhindern" , in Forderungen an den Staat, faschistische Organisationen zu verbieten, und in demonstrativen Aktionsformen, setzte sich eine Auffassung von Antifa-Politik durch, die den heutigen und hiesigen Staat als in der Kontinuität imperialistischer Politik stehend ansieht, d.h. als Erben, Nutzer und Fortsetzer von Strukturen, Methoden und ideologischen Ansätzen, die im Nationalsozialismus entwickelt und angewendet wurden.

Veröffentlichungen und Wahrnehmung der Kontinuität von Faschismus - insbesondere in der BRD - hatte es auch vorher schon von vielen Seiten gegeben.



der angegriffen wird

Aber das Horkheimer Wort "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen" hat in den Diskussionen und inhaltlichen Schwerpunkten der autonomen Antifa-Arbeit eine direkte Umsetzung erfahren, die dazu führte, Antifaschismus zu begreifen als Teil des antikapitalistischen, des antiimperialistischen Widerstands.

Neu war, daß diese Position zum Ausgangspunkt auch der praktischen Politik gemacht wurde: in der Mobilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf die Gruppierungen des linksradikalen Widerstands, in der Öffentlichkeitsarbeit und Bündnispolitik, in der Bestimmung der - bzw. Reaktion auf - Konfrontationen mit Faschisten und/oder Staatsgewalt.
Während gerade dieser imperialistische BRD-Staat auf verschiedenen Ebenen propagandistisch sich bemühte, als vom Ruch des Faschismus befreiter Staat der begnadet spät geborenen stolzen Deutschen zu erscheinen (erinnert sei an den Zirkus um den 40. Jahrestag der Kapitulation Nazi-Deutschlands, etikettiert als Befreiung vom Faschismus), wurde die Frage nach dem Verhältnis und der Funktion von Faschismus in diesem Staat wie auch die Frage nach dem Verhältnis antifaschistischen Widerstands zu diesem Staat breiter in der Antifa-Bewegung diskutiert.
Ein Beispiel dafür ist die Diskussion der Forderung nach Verbot und Auflösung faschistischer Organisationen, die von reformistischen Teilen der Antifa.Bewegung immer wieder an den Staat gerichtet und als zielorientierend für den antifaschistischen Kampf angegeben worden war: In autonomen Gruppen stand diese zum Teil heftig geführte Debatte im Zusammenhang mit der Klärung grundsätzlicher Positionen antifaschistischer Politik im imperialistischen BRD-Staat. Die Ablehnung der Verbotsforderung wurde dann bei Bündnisversuchen eine Zeit lang zur Gretchenfrage erhoben und führte zu scharfen Abgrenzungen, aber auch zu weitreichenderen Fragen und Diskussionen vor allem im reformistischen Lager der Antifa-Bewegung. Es gab Annäherungen un Überschneidungen, in Bündnissen dann schließlich differenzierte Absprachen über den Verzicht auf die Verbotsforderung oder deren Stellenwert in einer gemeinsammen Demonstration, Veröffentlichung oder Mobilisierungskampagne.
Die Überzeugungskraft radikaler Positionen nahm zu mit dem Potential autonomer und antiimperialistischer Gruppen, die sich an antifaschistischen Aktionen und Demonstrationen beteiligten. Mit inhaltlichen Aussagen und sorgfältigen Analysen faschistischer Zusammenhänge und Hintergründe konnten revolutionäre Antifaschisten in Bündnissen Eingreifen, ihre Vorschläge was Zielvorstellungen, inhaltliche Ausrichtung und Aktionsformen zu den konkreten Ereignissen betraf, setzten sich häufiger durch. Die Radikalen hatten etwas zu sagen, daran kam in der Antifa-Bewegung niemand mehr vorbei - auch wenn Medienhetze und Spaltungsversuche der etablierten staatstragenden Verbände und Funktionäre immer wieder Früchte trugen (Spaltungsversuche wie eh und jeh, über Führungsansprüche, Antikommunismus und die sogenannte Gewaltfrage).

Die Recherchen über die Entwicklungen, Verflechtungen und Aktivitäten neofaschistischer Organisationen wurden von den Radikalen im Zusammenhang mit der aktuellen und möglichen Funktion faschistischer Ideologie und Organisierung für den imperialistischen Staat gewertet und in eine Öffentlichkeitsarbeit eingebracht, die mit Mobilisierung und direkten Aktionen verbunden war.



Die Parole "Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" setzte sich um in vielfältigen Angriffen auf faschistische Strukturen, Logistik und Führer. Und die Erfahrung, daß die Staatsorgane im Zuge der Auseinandersetzungen mit Faschisten als Hauptaufgabe die Verfolgung von Antifaschisten sahen, verbreitete sich ebenfalls in diesen Jahren.
Die Ermordung Günter Sares bei einer antifaschistischen Demonstration durch

einen Wasserwrfer der Polizei im September 1985 löste in zahlreichen Orten der BRD (und darüber hinaus) heftige unmittelbare Reaktionen aus.
Die Staatsschützer beklagen sowohl die Zunahme militanter Aktionen als auch ihre Akzeptanz und praktische Weiterentwicklung in breiten Antifa-Kreisen.
Am 20.4.1989 (den Faschisten als 100. Geburtstag Hitlers feiern wollten) wurde von der Antifa-Bewegung (und darüber hinaus, z.T durch Medienspektakel forciert) mit faschistischen Angriffen und Aktionen gerechnet.
In der Vorbereitung, Organisierung und der praktischen Erfahrung dann in diesen Tagen sind Tendenzen der Entwicklung der Antifa-Bewegung noch einmal deutlich geworden:

-Es gab eine von unterschiedlichen Gruppen der Antifa-Bewegung getragene gemeinsame Vorbereitung und in vielen Städten und Stadtteilen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen, das in den verschiedensten Regionen dieser Republik zahlreiche Menschen angesprochen und eingebunden hat.

-Die Organisierung lief an den staatlichen Kanalisierungskonzepten vorbei, über Organisationsmonopole und -mittel der staatstragenden Verbände und Funktionäre hinweg,
quer durch die staatsfrommen Trennlinien zwischen "schlichten" und "militanten" Antifaschisten, durch verschiedenste politische Strömungen der Antifa-Bewegung hindurch.

-Auf die von Autonomen entwickelten Strukturen konnte sich die Vorbereitung, Organisierung und Mobilisierung stützen.

-Auch in der Praxis gab es konkrete und z.T. neue Erfahrungen von Antifaschisten verschiedenster politischer und sozialer Herkunft miteinander - von Demokraten, Radikalen, Ausländern, Gewerkschaften Kommunisten, Jugendlichen: Erfahrungen von Solidarität in der Aktion, auf der Straße, in Konfrontation mit den Faschos und/oder Bütteln. Militanz war kaum eine Frage, die verschiedensten Aktionsformen wurden wahrgenommen und akzeptiert.

-Mit der Bedrohung durch Hitler-Anhänger (wie auch dem Auftreten und den Erfolgen rechter Verbände, z.B der "Republikaner") ist die faschistische Entwicklung in diesem Staat vielen Menschen offensichtlicher geworden. In den zahlreichen neuen Antifa-Initiativen organisieren sich vor allem Jugendliche, d.h.:
Über den Antifa-Bereich läuft die Politisierung Jugendlicher nach links.



Wohlgemerkt: Die Entwicklung der Antifapolitik des letzten Jahrzehnts aufzuarbeiten, steht noch aus.
Hier sollten nur einige Stationen dieser Entwicklung skizziert werden, um Tendenzen herauszustellen - Tendenzen, die Anlaß gegeben haben für das Eingreifen des Herrschaftsapparates. Dabei sind die Anschläge der Aufhänger: Entwickelte und organisierte Militanz wird als Infragestellen - mit propagandistischer Wirkung - des staatlichen Gewaltmonopols gewertet.
Die Anschläge (und die dazugehörenden Erklärungen) sind Teil und ein Ausdruck (Hervorhebungen aus dem Original-nicht von mir, d.tipper) der angegriffenen Antifa-Politik.
Sie steht-
dem Kriminalisierungsziel entgegen - zur Diskussion:

Der Anschlag in Waffensen im Dezember 1986

1986 war der Standard an Recherchen, Aufmerksamkeit und Informationsaustausch in der Antifa-Bewegung so weit gediehen, daß regelmäßige Tagungen und anstehende Treffen von Faschisten häufig vorher in Antifa-Kreisen bekanntgemacht waren, zumindest in der Region die betroffen war.
So waren im Dezember 1986 der "traditionelle vorweihnachtliche Gemeinschaftstag" und der Tagungsort der "Artgemeinschaft"



in der Gegend von Rotenburg/Wümme in Nordniedersachsen bekannt.
Beobachtet worden war auch von Antifaschisten, daß Germanenkult und rassistische Sekten seit Anfang der 80er Jahre von Jungfaschos und Skins Zulauf bekamen.
Antifaschistische Gruppen und Bündnisse schrieben Flugblätter, riefen zu einer Demo auf, diskutierten Be- und Verhinderungsaktionen usw. Zwei Nächte vor Beginn der faschistischen Veranstaltung brannten die Tagungsräume des Gasthofes "Zum Eichenhof" aus. "Revolutionäre Antifaschisten gegen Rassismus" - so ist die Erklärung zu dem Brandanschlag unterschrieben - hatten sehr direkt und zielgerichtet das Faschistentreffen verhindert.
In der Erklärung "Kampf der rassistischen Internationale" beschreiben sie die Funktion des abgebrannten Tagungsortes als "zentrale Tagungsstätte der Klerikalfaschisten", d.h. Ziel der Aktion war nicht nur die aktuelle Verhinderung eines Faschistentreffens, sondern die Zerschlagung einer wichtigen Einrichtung der faschistischen Struktur.
Das ist die Parole "Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft" gewendet in : "Trefft die Faschisten gezielt, wenn ihr schlagt."

Die Erklärung enthält im übrigen - wie üblich, kann man sagen - Informationen über den Faschistenverband, in diesem Fall: Charakter und Bedeutung der "Artgemeinschaft" neben den ihr eng verbundenen Organisationen "Nordischer Ring" und "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung", die führende Rolle des Hamburger Rechtsanwaltes Jürgen Rieger und die Namen weiterer Funktionäre und Redner der "Artgemeinschaft" und der ihr ebenfalls verbundenen "Wiking Jugend". Die genannten Organisationen bildeten den "deutschen Kern" einer "rassistischen Internationale", so wird erklärt, die Weltherrschaftspläne verfolgt und deren Funktion für die Imperialisten "die Konzentration des reaktionärsten Bewußtseins zur Rechtfertigung der imperialistischen Ausbeutung und Herrschaft der "Weißen Riesen" über die Völker der Welt" sei. Diese Einschätzung wird mit Zahlen und einigen Fakten belegt.

Bemerkenswert ist vieleicht noch, daß mit der "Artgemeinschaft" ein davor weniger bekannter Teil des faschistischen Ideologie-Verbundes ins Rampenlicht antifaschistischer Öffentlichkeit geholt worden ist: Ein Zeichen auch für die Entwicklung einer differenzierteren Antifa-Arbeit.

Der Anschlag in Struckum im Oktober 1987

Mit diesem versuchten Brandanschlag auf einen Verlag der "Ludendorffer" war ebenfalls eine von Antifaschisten für wesentlich gehaltene Einrichtung faschistischer Struktur Ziel eines Angriffs: "Das ganze untere Stockwerk des Hauses dient ausschließlich dem Archiv, dem Verlag, der Versandbuchhandlung."
Die Erklärung der "Militanten Antifaschisten" kann als Beispiel dafür genommen werden, wie im Zusammenhang mit Aktionen das Veröffentlichen einer "Erklärung" als Kommunikationsmittel genutzt wird - für die Beteiligung an der Diskussion aktueller Fragen in der Linken, in diesem Fall ein Beitrag zur Militanz-Debatte:
Nachdem die Erklärenden den Abbruch des Anschlags geschildert haben und begründen, sie hätten sonst den Tod Roland Bohlingers ungeplant in Kauf nehmen müssen, was sie so ablehnten, erläutern sie thesenartig ihre Bestimmung von Militanz und stellen die Auseinandersetzung mit weitergehenden Mitteln zur Diskussion.
Im übrigen wird in der Erklärung eingegangen auf die Rolle und Funktion Roland Bohlingers (und Walter Soykas, eines weiteren Ludendorffers), Elemente der Weltverschwörungstheorie der Ludendorffer ("die überstaatlichen Mächte" - Juden, Freimaurer, Sozialisten und die Katholische Kirche haben sich gegen das deutsche Volk verschworen) werden benannt und zitiert.
Herausgestellt wird der zum Teil erfolgreiche Versuch dieser Ludendorffer, in der AKW-Bewegung der 70er Jahre Fuß zu fassen, und gewarnt wird vor politisch-inhaltlichen Unschärfen in der Protestbewegung, z.B. bei den Grünen, die Überschneidungen mit faschistischen Inhalten möglich machten und das Erkennen und Kaltstellen faschistischer Einflüsse erschwerten.
Die ist ein Beispiel für die Versuche und Mittel von Antifaschisten, in die linke Bewegung hinein mit Aufklärung zu wirken.



Etwa zeitgleich mit dem Anschlag auf den Bohlinger-Verlag gab es die Anschläge auf WJ-Funktionäre bzw. deren Eigentum. Alle vier werden von den Ermittlern in Bezug gesetzt zu einer antifaschistischen Veranstaltung kurz vorher (vgl vorstehenden Artikel) ...
...Auf die Stoßrichtung des Angriffs auf die Antifa-Bewegung wollen wir an dieser Stelle noch einmal eingehen:
Bei den Verhaftungen und der Durchsuchungswelle im Zuge der 129a-Ermittlungen gegen Rote Zora und Revolutionäre

Zellen und vor allem den Frauenwiderstand gegen die Gentechnologie waren zahlreiche Gruppen mit verschiedenen politischen Ansätzen betroffen, die aber alle zu dem Thema arbeiteten und sich austauschten, das Gen-Archiv in Essen wurde durchsucht und teilweise beschlagnahmt, die Auseinandersetzung mit dieser Thematik wurde als "anschlagsrelevant" (eine Begriffsschöpfung der BAW) kriminalisiert. Wissen zu sammeln, zu vermitteln, auszutauschen zu unserem Nutzen, das soll verhindert werden.
Es sieht so aus, als wollten die Kriminalisierer im jetzigen Verfahren das Muster "anschlagsrelevante Thematik" aufnehmen. Mit den Durchsuchungsfunden vom Juni vergangenen Jahres und den Beobachtungen weiterer antifaschistischer Veranstaltungen konstruieren sie in diese Richtung. So wäre dann Antifaschismus "anschlagsrelevant".

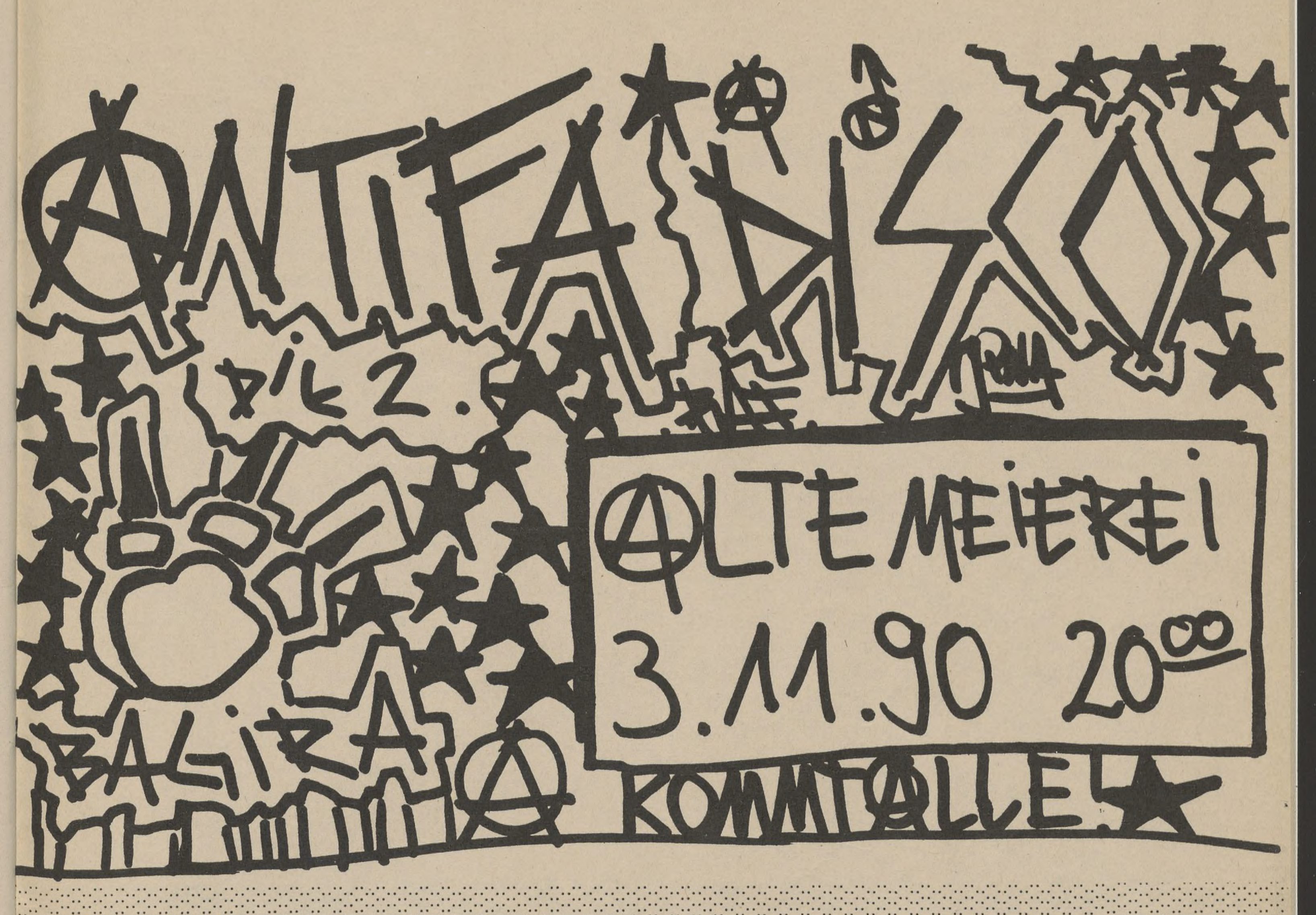
Der Anschlag in Uelzen im Januar 1989

Dieser Anschlag auf eine Daimler-Benz-Filiale ist nicht dem Antifa-Bereich zugeordnet. Mit den in der Ermittlungsakte zitierten Passagen aus der Erklärung des "Kommando Rappelkiste" ("...der wehrwirtschaftsführer karl blessing, der auch mitglied im freundeskreis himmler und aufsichtsrat von DB (Daimler Benz, d.tipper) war und in der brd präsident der deutschen bundesbank wurde, sowie der von der raf hingerichtete faschist und ehemalige präsident des bdi (Bundesverband der deutschen Industrie,d.tipper) und DB-vorstandsmitglied schleyer...") wird aber ein Zusammenhang deutlich:
Ein zentrales Thema eines Teilbereiches der Antifa - nämlich "personelle und strukturelle Kontinuität im BRD.Imperialismus" - ist Thema und Erkenntnis der gesamten radikalen Linken und fließt in die Bestimmung politischer Aktionen ein.

Der Anschlag in Toppenstedt im Mai 1989

Bei diesem erfolgreichen Brandanschlag auf den faschistischen Berg-Verlag ging es wiederum um die Zerstörung von Grundlagen für die Herstellung und Verbreitung faschistischer Literatur und Propaganda. Die Erklärung wendet sich weder an die Antifa noch an die Linke, oder eine anonyme Öffentlichkeit, sondern mit der Überschrift an die "Bürgerinnen und Bürger von Toppenstedt". Das ist eine relativ selten gebrauchte Form der Öffentlichkeitsarbeit bei militanten Aktionen dieser Art. Den "Bürgerinnen und Bürgern" wird die Rolle der Bergs im faschistischen Lager benannt und erklärt, in welchem Zusammenhang Rassenhaß, Überfälle auf Ausländer und faschistische Mordaktionen mit Propaganda von bspw. "DVU" und "Republikanern" stehen und mit der Verbreitung faschistischer Literatur durch solche Einrichtungen wie das Versandantiquariat des Uwe Berg in ihrem Dorf. Bezogen wird sich ausdrücklich auf den Mord an einem Türken in Berlin: "Unsere Aktion ist Warnung und Antwort auf den Mord an Ufuk Sahim." Die Erklärung endet mit:"Diesem unbegründeten Hass wollen wir mit unseren Mitteln die ideologische Grundlage nehmen. Tut ihr es mit euren Mitteln! Schlagt die Faschisten wo ihr sie trefft!"
Eine Aufforderung also zu antifaschistischer Aktion, verbunden mit der Aufforderung verschiedene Aktionsformen und -mittel zu akzeptieren und zu nutzen.

Die Beiträge über den Stand des § 129a-Verfahrens und die Entwicklung der autonomen Antifa bekamen wir mit der Bitte um Abdruck zugesandt.



Die antifa-gruppe baghira veranstaltet nach dem großen erfolg der ersten disco am 29.9. erneut in der alten meierei eine antifa-disco. die disco soll wie auch beim letzten mal nicht nur eine veranstaltung für einen relativ kleinen kreis von mitgliedern und freunden der gruppe oder der meierei sein, sondern sie ist gedacht als treff- und anlaufpunkt für alle, die sich für antifa-arbeit und gruppen interessieren oder die einfach mal ein bier trinken und tanzen wollen.

Sinti & Roma Kulturwochen in Schleswig-Holstein

In den drei kreisfreien Städten Lübeck, Kiel, und Flensburg fanden vom 19. September bis zum 3. November Sinti und Roma Kulturwochen statt - provozierend auch als "Zigeunerfestival" angekündigt. Bestandteil dieser Kulturwochen, deren Nichtbeachtung sich die ebenfalls kreisfreie Stadt Neumünster erlauben zu können glaubte, waren Musikveranstaltungen, eine Ausstellung über traditionelle Handwerkskunst, eine Vielzahl von Filmen und eine Podiumsdiskussion in Kiel am 15.10.1990.

Mit Emil Weiß als stellvertretendem Vorsitzenden des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma und Rudko Kawczynski von der Roma- und Cinti-Union (HH) saßen zwei Männer auf dem Podium, die in ihren Schilderungen Ausmaß und Brutalität der Verfolgung dieser Minderheit eindrücklich deutlich machen konnten. Anhand einiger konkreter Beispiele machten sie auch auf die Kontinuität der politischen und vor allem polizeilichen Maßnahmen gegenüber "Zigeunern" aufmerksam. So stützen sich die in der Bundesrepublik geführten sog. "Landfahrerkarteien" im Kern auf Datenmaterial, welches von den Nazis in ihren "Zigeunernachrichtendienststellen" erfasst wurde. Bis weit in die 60er Jahre wurden Angehörige der Sinti und Roma auf der Basis dieser Nazi-Unterlagen aus der BRD ausgebürgert.

Tilman Zülch von der "Gesellschaft für bedrohte Völker" gab einen Überblick über die Erfolge der bisherigen Menschenrechtsarbeit, die sich etwa darin wiederspiegelten, daß sich die Bezeichnungen "Sinti" und "Roma" statt "Zigeuner" durchgesetzt hätten und in den meisten Bundesländern Büros dieser Minderheit finanziell von den Landesregierungen unterstützt würden. Auch sei die Möglichkeit, sich in den Medien Gehör zu verschaffen, in den letzten zehn Jahren gestiegen - freilich auch dank der zum Teil spektakulären Aktivitäten der Roma und Sinti selbst.

Alfred Schulz, Landtagspräsident (SPD), trat zwar wie die anderen dafür ein, den Sinti und Roma den Status einer "nationalen Minderheit" zu geben, konnte aber auch dem Publikum nicht verdeutlichen, warum dies von der SPD-Landesregierung nicht in der neuen Landesverfassung verankert wurde, in der die Dänen als nationale Minderheit und die Friesen als sprachliche Minderheit anerkannt wurden. Seine Forderung, das Bleiberecht für Sinti und Roma dürfe nicht an die Bereitschaft zur Eindeutschung geknüpft werden, wurde von den ZuhörerInnen ebenso unterstützt wie die These Krawcinscis, die Roma und Sinti dürften nicht auf die Hilfe anderer warten, sondern müssten selbst aktiv werden, wenn sich ihre Lage ändern solle.

Peinlich leider der als Diskussionsleiter eingesetzte Hans-Georg Starke von der Nordelbischen Kirche. Er wußte anfangs nicht einmal über die Besetzung des Podiums Bescheid und später wirkten seine Kommentare zu den erschreckenden Fallschilderungen der Vertreter der Roma und Sinti wie Standardfloskeln des Bedauerns.

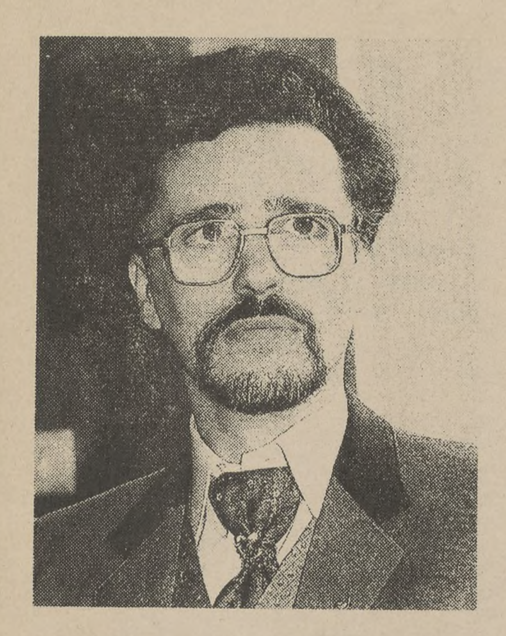
Trotz dieser kritischen Bilanz: eine verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber der andauernden, durch rassistische Gründe angetriebenen Benachteiligung dieser Minderheit ist notwendig. Die "Sinti und Roma Kulturwochen" waren dazu ein Beitrag.

DIE ZEIT NACH SCHÖNHUBER ...

Wochenlang berichtete die Presse nahezu täglich über die innerparteilichen Auseinandersetzungen bei den REP; eine Zeitlang schien es gar als sei Schönhuber als Parteivorsitzender endgültig ausgebootet und aus der Partei gedrängt worden. Doch der REP-Parteitag am 7./8. Juli im niederbayerischen Ruhstorf wählte ihn erneut zum Bundesvorsitzenden der neofaschistischen Partei. Deren Erfolgsaussicht freilich hat stark gelitten. Ist die Zeit der Schönhuber-Partei also vorüber?

Dieser Eindruck drängte sich bereits nach dem schlechten Abschneiden der REP bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf. Schönhuber reagierte auf diese Entwicklung mit scharfen öffentlichen Angriffen auf "Mitglieder, die sich von ihrer früheren NPD-Ideologie nicht gelöst haben". Diese Vorwürfe, denen Schönhuber bis dahin immer entschieden entgegengetreten war, zielten auf die Clique um seinen langjährigen politischen Ziehsohn Harald Neubauer und den wegen Volksverhetzung verurteilten oberbayerischen Bezirksvorsitzenden Franz Glasauer. Der Konflikt eskalierte schließlich vollends, als Schönhuber seine Absicht zu erkennen gab, gegen Neubauer um das Amt des bayerischen REP-Landesvorsitzenden zu kandidieren.

Anders als in der Vergangenheit, wo zu den REP übergewechselte NPD- und DVU-



Franz Glasauer, REP-Kandidat im Stimmkreis 125 (München-Land Nord) - verurteilt wegen Volksverhetzung

Kader zähneknirschend in die zweite Reihe zurück- oder vereinzelt aus der Partei austraten (ohne ihr organisationspolitisches Übergewicht dadurch aufzugeben), gingen Neubauer & Co. zum Gegenangriff über. Sie konnten sich dabei zunächst auf eine recht große Zahl der durch die Wahlmißerfolge enttäuschten REP-Mitglieder stützen. Auch die Europa-Abgeordneten und 200 Funktionäre aus dem REP-Stammland Bayern stellten sich gegen den langjährigen Parteivorsitzenden. Die stellvertretende Bundesvorsitzende Johanna Grund konnte sich eine Zukunft der Partei gar nur "in einer neuen Ära nach Schönhuber" vorstellen.

Schönhuber hatte das Kräfteverhältnis falsch eingeschätzt. Seine Rücktritt als Bundesvorsitzender war da nur konsequent; seine GegnerInnen bei den REP sahen die Chance, das Kapitel Schönhuber endgültig zu beenden: nach der Aufhebung all seiner Mitgliedsrechte entsprach das bayerische Landesschiedsgericht am 30. Juni dem Antrag des Bundesvorstandes nach Parteiausschluß Schönhubers.

Das strukturelle Dilemma der REP

Die Auseinandersetzungen bei den REP sind Ausdruck eines Dilemmas, das die Partei seit ihrer Gründung beschäftigt. In ihr finden sich rechts- und nationalkonservative Kräfte, die der CSU den von Strauß eingefädelten DDR-Kredit nicht verzeihen, ebenso wie Neofaschisten der verschiedensten Strömungen, die eine seriös aufgemachte neofaschistische Partei vor Augen haben.

Dieses strukturelle Problem spiegelt sich in der Spannung zwischen strategischem und organisationspolitischem Schwerpunkt wider. Der strategische Schwerpunkt liegt notwendigerweise auf der "konservativen Option", d.h. der Gewinnung neuen Anhangs aus Bevölkerungskreisen, die mit der "Wendepolitik" der Unionsparteien unzufrieden sind. Aus diesem Spektrum der "Vertriebenen, wertkonservativen Ökologen und christlichen Fundamentalisten" können am ehesten neue Stimmen in größerem Ausmaß hinzugewonnen werden. Voraussetzung ist allerdings, daß die Partei ihre Agitation nicht allzuweit von traditionell konservativen Stimmungen ansiedelt.

Demgegenüber wird das organisatorische Gerüst nach wie vor von Kadern aus dem rechtsextremen Lager beherrscht. Daran haben weder frühere noch die aktuellen öffentlichkeitswirksam vorgebrachten Abgrenzungsparolen etwas geändert. Und aus diesem Grund haben auch immer wieder rechtskonservative Kräfte die Partei frustriert verlassen.

Dieses Dilemma konnte in der Periode des Erfolges durch die integrativen Fähigkeiten Schönhubers weitgehend ausbalanciert werden. In der Zeit der wahlpolitischen Mißerfolge und - paradoxerweise - der Übernahme von Teilelementen rechtsextremer Ideologie in die Argumentation vor allem der Unionsparteien ist es sehr viel schwerer zu handhaben, da für viele Rechtskonservative die REP als authentische Interessenvertretung weniger attraktiv erscheinen muß. Damit ist allerdings auch die Position Schönhubers als Integrationsfigur geschwächt.

Schönhubers Comeback

Nach einigem Hin und Her focht Schönhuber seinen Ausschluß beim Bundesschiedsgericht an. Erfolgreich. Mit Wirkung vom 5. Juli setzte dieses Schönhuber wieder in seine Mitgliedsrechte ein und beschloß die Durchführung des Parteitages nur zwei Tage später.

Von den 909 geladenen Delegierten waren 526 erschienen. Daß die Mehrheit auf Seiten Schönhubers stand, zeigte sich nicht nur bei dessen Einzug in die Niederbayernhalle, sondern auch beim Pfeifkonzert während der Eröffnungsrede von Harald Neubauer. Mit 376 der 563 Delegiertenstimmen (37 Delegierte aus dem Gebiet der DDR wurden erst auf dem Parteitag ernannt) wurde Schönhuber erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Emil Schlee, der als Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein gegen Schönhuber angetreten war, erhielt 179 Stimmen. Schönhuber gelang es auch, den bisherigen Vorstand weitgehend zu erneuern; als stellvertretende Bundesvorsitzende amtieren nun der Traunsteiner Richter Walter Möbius (40), die Oberpfälzerin Herma Kirschbauer (36), der Frankfurter Staatsanwalt Gerd Feldmeier (49) und der Rechtsreferendar Rolf Schlierer (35) aus Stuttgart, den Schönhuber zu seinem Nachfolger aufzubauen gedenkt.

Es scheint, als habe sich die Mehrheit der Delegierten trotz der verbreiteten innerparteilichen Kritik an den Methoden Schönhubers auch nicht mit der Art der Angriffe seiner Gegner, z.B. in den Sommerausgaben der Parteizeitung, identifizieren kön-



Geschlagener
Schönhuber-Herausforderer Emil Schlee
(REP-Vorsitzender in SH)

nen und demgegenüber die populistischen und demagogischen Fähigkeiten des SS-Mannes Schönhuber in Vorausschau auf die anstehenden Wahlen höher bewertet.

Die Auseinandersetzungen um den Einfluß in der Partei, etwa um die Carl-Schurz-Stiftung, dürften keineswegs beendet sein. Nach wie vor geben Neubauer & Co. im bisherigen RVG-Verlag (jetziger Name: Patria-Versand GmbH) eine Monatszeitung mit dem (neuen) Titel "Deutsche Rundschau" heraus. Anfang Oktober lehnte zudem das bayerische Landesschiedsgericht der REP die Ausschlußanträge gegen Glasauer und Neubauer ab.

Schönhuber kann und will gar nicht alle neofaschistischen und rechtsextremen Kader aus der Partei drängen, da dies zum Zusammenbruch der Partei führen würde. Und diese selbst werden zunächst einmal in der Partei weiterarbeiten, da diese weiterhin umfangreiche Möglichkeiten der Verbreitung rassistischer und revanchistischer Propaganda bietet. So geben etwa die Berliner REP seit einigen Monaten die "Berliner Nachrichten. Zeitung für Berlin und die Mark Brandenburg" heraus und unterstützen den Aufbau der REP in der DDR. Derartige Möglichkeiten kann den Faschisten zur Zeit keine andere rechtsextreme Partei bieten.

Entsteht eine neue rechtsextreme Wahlpartei ?

Bereits im Mai hieß es über die Aussichten neofaschistischer Wahlparteien in einer der führenden Zeitschriften des bundesdeutschen Neofaschismus: "Gespannt blicken die rechten Wähler auf die Parteitage vor allem der Republikaner und der NPD hinsichtlich der Entscheidung , in welcher Formation man zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen antreten wird. Zweifellos werden jetzt die Karten neu verteilt, und auf den Parteivorständen lastet eine schwere Verantwortung. Weiteres getrenntes Marschieren könnte bedeuten, daß die deutsche Rechte selbst bei gesenkter Sperrhürde ein Opfer der deutschen Einheit wird. Wer will eine solche Schuld auf sich laden?" ("Nation Europa", 5/90, S. 50).

Seit dem Scheitern der Schönhuber-GegnerInnen bei den REP hat es bereits mehrere Treffen hochrangiger Funktionäre aus NPD und REP gegeben, die - so berichtet das REP-nahe Blatt "Europa vorn" in seiner September-Ausgabe "ohne Mandat durch den jeweiligen Parteivorstand - über die Möglichkeit der Gründung einer neuen Rechtspartei nach der gesamtdeutschen Bundestagswahl (sprachen), falls diese für die REP erfolglos verlaufen sollte".
Das Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen Mitte Oktober hat keine Vorentscheidung in dieser Hinsicht getroffen. Trotz des Scheiterns an der 5%-Hürde können die 4,9% für die REP von Schönhuber durchaus als Erfolg verkauft werden. Neben der CSU mit deutlich über 50% haben die neofaschistischen REP offensichtlich einen festen WählerInnenstamm gewinnen können, der in manchen Städten über 7% deutlich hinaus geht (z.B. Augsburg 7,4%; Rosenheim 7,9%). Das bayerische Ergebnis wird Schönhuber auch dazu diesen, seine innerparteilichen GegnerInnen weiter an den Rand zu drängen, indem er diesen Erfolg auf den Prozeß der "Selbstreinigung" der Partei zurückführt.
Das schlechte und hinter den eigenen Erwartungen der REP wohl zurückbleibende Abschneiden in den Ländern auf dem Gebiet der angeschlossenen DDR (zwischen 0,6 und 1,2%) dürfte jedoch ein deutliches Signal dafür sein, daß der Einzug der neofaschistischen Partei in den Bundestag unwahrscheinlich ist. Und auch wenn die Zeit des stürmischen Mitgliederzuwachses bei den REP vorbei ist, werden die Planer einer neuen seriös aufgemachten neofaschistischen Wahlpartei angesichts des bayerischen Wahlergebnisses ihre Pläne kaum an Schönhuber vorbei durchziehen können.



Das neue Ausländergesetz beseitigt völkerrechtliche Verträge

Bei den Anweisungen des Ausländererlasses über die Aufenthaltsrechtliche Behandlung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist zu prüfen, ob damit überhapt gegen die Neuregelung des Gesetzes, die Genfer Flüchtlingskonvention zu beseitigen, Widerstand entwickelt werden kann:
Weshalb muß bei Ausländerinnen und Ausländern, denen als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention - wenn sie nicht schon Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge sind - der weitere Aufenthalt ermöglicht wird, ein ununterbrochener Aufenthalt von drei Jahren vorliegen, um eine Aufenthaltserlaubnis erhalten zu können?
Warum reicht die einfache Feststellung, daß es sich um einen Flüchtling aufgrund der GFK handelt nicht aus, um sofort diese Aufenthaltserlaubnis zu erhalten?
Unverständlich ist, weshalb bei der Prüfung der Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Flüchtlingskonvention durch die Ausländerbehörde im Falle eines Ablehnungsbescheides auf die Stellungnahme des Bundesamtes zur Frage der politische Verfolgung zurückgegriffen werden soll. Diese wird eine politische Verfolgung verneinen, sonst wäre der/die Betreffende ja schließlich anerkannt worden. Weshalb weist das Innenministerium die Ausländerbehörde nicht an, sich bei ihrer Entscheidungshilfe Stellungnahmen von Institutionen/Organisationen einzuholen, welche sich bei der Beurteilung von Asylanträgen auf die Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention konzentrieren? Wir nennen da in erster Linie den hohen Flüchtlingskommissar sowie "amnesty international." Die Vorraussetzungen für den Anspruch auf Ausstellung eines Reiseausweises, "muß es sich um einen rechtmäßigen dauernden Aufenthalt im Sinne einer Niederlassung handeln", stehen der in Art.28 der Genfer Flüchtlingskonvention genannten Vorraussetzung entgegen ("Die vertragsschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhalten Reiseausweise ausstellen, die ihnen Reisen außerhalb dieses Gebietes gestatten, es sei denn, daß zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung entgegenstehen."). Unserer Auffassung nach müßte daher die erwähnte zu erteilende Aufenthaltserlaubnis auch konkret als "unbefristete Aufenthaltserlaubnis" festgelegt werden.

Dem Innenministerium liegt zum Punkt "de facto" Flüchtlinge eine Stellungnahme der Neuen Richtervereinigung (NRV) vom 30.8.88 vor.:
"Aufgrund einer zunehmend restriktiven Asylrechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichtes wächst ständig die Zahl jener Flüchtlinge, welche aus Art. 16 Abs. S.2 2 GG hinaus definiert werden, obwohl sie anerkannter maßen bei ihrer Rückkehr ins Heimatland mit erheblichen Gefahren für Leib, Leben und Freiheit rechnen müssen. Hierunter fallen nicht nur Bürgerkriegsbetroffene:
Da das Bundesverwaltungsgericht inzwischen die Sicherung der Herrschaftsstrukturen und Staatsideologien nahezu mit allen Mitteln für legitim erklärt, verweigert es das Asylrecht auch bei schwersten Menschenrechtsverletzungen, "solange damit nicht nachweisbar überwiegend auf die politische Gesinnung der Betroffenen eingewirkt werden soll."
Wäre es unter diesem Gesichtspunkt nicht eher naheliegend, die Ausländerbehörden aufzufordern so schnell wie möglich Erkenntnisse bei den von uns genannten Institutionen und Verbänden einzuholen anstatt diese Handlung der Ausländerbehörde zu beschneiden, und das Bundesamt in der Sache handeln zu lassen?

Aus alledem folgt schlußendlich, das die Anweisungen offensichtlich sowiso nur bis zum Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes gelten sollen. Dieses hat durch verschiedene Bestimmungen das wirksam werden der Genfer Konvention ausgehebelt. In einer Stellungnahme des DGB sowie des Ökomenischen Vorbereitungsausschuß fordern diese:

"Dringend erforderlich ist es jedoch, nicht am Ende des Asylverfahrens Regelungen bezüglich des Aufenthaltsstatus von de facto Flüchtlingen zu treffen, sondern ihnen zu ihrem Recht als Flüchtlinge zu verhelfen."
Der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in Bonn hat deshalb gefordert, daß die Genfer Flüchtlingskonvention neben Artikel 16 GG wieder Grundlage des Asylverfahrens sein soll. Der ÖV und der DGB unterstützen diese Forderung. Das Innenministerium ist sogar angewiesen dem durch Art. 25 GG garantierten "Vorgehen internationaler völkerrechticher Verträge" vor den Bundesgesetzen Folge zu leisten und der Forderung des Hohen Flüchtlingskomissars der Vereinten Nationen zu entsprechen. Das neue Ausländergesetz verlangt jetzt grundsätzlich ein Visum als Vorraussetzung der Einreise und der Aufenthaltsgenehmigung (§58 Abs.1). Um Flüchtlinge abzuwehren, dürfen selbst Visa für einen vorübergehenden Aufenthalt in der BRD (Touristenvisa, Visa für Studienzwecke etc.) nur dann ausgestellt werden, wenn "anzunehmen ist, daß für den Fall einer nicht freiwilligen Ausreise einer Abschiebung keine Hindernisse entgegenstehen werden" (§ 7 Abs.3). Solche Hindernisse bestehen aufgrund der Genfer Konvention dann, wenn eine Person aus der "begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung" bei einem anderen Staat um Schutz nachsucht.

Wenn bundesdeutsche Behörden also zu der Überzeugung gelangen, daß sie eine solche Überzeugung anerkennen müßten und damit auch dem Schutzgesuch entsprechen müßten, verweigern sie Visum und Einreise. Die BRD bricht damit eindeutig Völkerrecht.
Auch Flüchtlinge, deren Asylantrag rechtskräftig abgelehnt war, konnten sich bisher als letzte Möglichkeit, eine Abschiebung zu verhindern, auf §14 AuslG berufen. Dies ist in Zukunft nicht mehr möglich. An die Stelle von § 14 tritt ein neuer § 51. Er erklärt zwar, im Wortlaut fast gleich, daß niemand



„Wohn"-Container für Asylbewerber

Fotos: Paul Langrock/Zenit

abgeschoben werden darf, der wegen Rasse, Religion etc. wird, bestimmt aber gleichzeitig, daß eine solche Verfolgung nur vorliegt, wenn jemand nach den Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes als Asylberechtigter anerkannt ist. Beantragt jemand Abschiebeschutz, ohne einen Asylantrag zu stellen, dann wird er, ob er will oder nicht, einem Asylverfahren unterworfen.
Ob Verfolgung vorliegt, wird einzig nach den eingeschränkten Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes entschieden, nicht nach denen der Genfer Konvention.

Der Widerstand gegen das reaktionäre Ausländergesetz muß weitergehen!

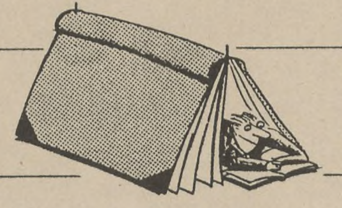
Gegen die Stimmen von SPD und Grünen hatte der Bundestag am 27. April das neue Ausländergesetz verabschiedet. Der vielfältige Widerstand gegen den Gesetzentwurf konnte nur geringfügige Änderungen erreichen. Vor allem bei der Rechtsstellung von Familien und bei der Einbürgerung. Die parlamentarische Opposition, namentlich die SPD, hatte ihre Möglichkeiten zur Verhinderung des Entwurfes in keiner Weise ausgeschöpft. Der Gesetzentwurf wurde noch am 11. Mai von der Bundesregierung im Bundesrat durchgepeitscht. Zwei Tage vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfahlen. Hätte die SPD zu dem Zeitpunkt auf einer gründlichen Beratung im Innenausschuß des Bundesrates, wo sie zu dem Zeitpunkt schon die Mehrheit hatte, bestanden und damit die Abstimmung im Bundesrat verzögert, hätte der Gesetzentwurf aufgrund der Landtagswahlergebnisse mit der Mehrheit der SPD Stimmen dort später zurückgewiesen werden können. Die SPD-Landtagsfraktion in Person ihrer ausländerpolitischen Sprecherin Heide Moser, hatte in den darauffolgenden Monaten auf Veranstaltungen und in der Presse weiterhin Kritik am Gesetz geäußert, aber daran festgehalten das die SPD alle ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hätte. Die schleswig-holsteinische Landesregierung versuchte zudem mit einer Presseerklärung zur Ankündigung eines neuen Ausländererlasses noch im April, den Widerstand gegen die sondergesetzliche Behandlung von ausländischen Einwohnern zu stören. Innenminister Bull behauptete darin, daß das Ausländergesetz von 1965 durch eine "liberalere" Auslegung der "Ermessenstatbestände und unbestimmten Rechtsbegriffe" für einen Teil der Ausländerinnen und Ausländer" "rechtliche Verbesserungen bringe." Es werden dann Punkte genannt, die zu dem Zeitpunkt in der Öffentlichen Kritik stehen. (siehe Kasten). Es ist notwendig sich einmal mit den Anweisungen in dem bis zum Inkraftreten des neuen Gesetzes geltenden Ausländererlasses kritisch zu befassen, ob und wie weit sich für die Fortführung des Widerstandes auf diese bezogen werden kann:
Die liberale Phrase, daß es für Ausländer irgendsoetwas wie keine Rückkehrmöglichkeit" gibt, entbehrt jeder Grundlage. Der Ausweisungsparagraph 10 des geltenden Gesetzes fragt nicht nach Hinderungen einer Ausreise sondern beeinhaltet nach wie vor restriktive Ausweisungsbestimmungen. Dazu kommt das ohne Arbeitserlaubnis auch keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Die Zahlen in Schleswig-Holstein sprechen eine deutliche Sprache: In dem Zeitraum von 1982 bis 1987 ist der Anteil ausländischer Einwohner, die bis zu vier Jahre Aufenthalt hatten, von 21.181 auf 12.335 zurückgegangen. Das bedeutet, daß die insgesamte Abnahme ausländischer Einwohner von knapp 7.000 in diesem Zeitraum bei den kurzfristigen Aufenthalten erfolgte. Eine Folge funktionierender Rotationspolitik. Kinder sollen, auch bei Rückkehr ihrer Eltern ins Heimatland, in der Bundesrepublik bleiben können, aber unter verschiedenen Vorraussetzungen. Die

Formulierung “Belange der Bundesrepublik dürfen insbesondere durch ein kriminell auffälliges Verhalten des Kindes nicht beeinträchtigt werden” wird neofaschistische Hetzbanden ermuntern ihre Provokation gegen ausländische Jugendliche zu steigern. Zudem existiert die Ungleichstellung von Ausländern vor dem BRD-Strafgesetz, wie folgender Fall dokumentiert, sowieso weiter: Der 22 Jahre alte Wedeler Einwohner E. Akay ist von der Pinneberger Ausländerbehörde am 8.Juni in die Türkei ausgewiesen worden. Die Ausländerbehörde hatte ihm eine erneute Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigert, weil er mit dem BRD-Strafgesetz in Konflikt gekommen war. Seine Rechtsanwältin S.Töpfer kritisierte in einer Eingabe beim Petitionsauschuß der Landesregierung, daß hier das Strafrecht im Gegensatz zum Ausländergesetz steht. E. Akay hat aufgrund seiner Spielsucht kleinere Diebstähle begangen. Ein Spielsüchtiger mit BRD-Paß hätte eine Bewährungsstrafe mit Rehabilitation bekommen. Ein Ausländer wird aufgrund §10 AuslG ausgewiesen. Die Rechtsanwältin hatte noch versucht mit dieser Eingabe die Ausweisung zu verhindern. Der Ausschuß hat dann nur geprüft, ob es sich bei einer Ausweisung um eine “eklatant rechtswidrige” Entscheidung handele - und gab dann die Empfehlung, Ersel Akay "freiwillig" ausreisen zu lassen. Der Gipfel ist dann die in der Pressemitteilung behauptete Lockerung der “Vorschriften über den Nachweis angemessenen Wohnraums, der nach geltendem Recht als Vorraussetzung für die Verfestigung des Aufenthaltsstatus und für den Familiennachzug eine große Bedeutung hat.” In Wirklichkeit heißt es dazu im Amtsblatt: "Die Angemessenheit der Wohnung darf nicht allein nach ihrer Größe beurteilt werden. Die Wohnungsgröße kann nur ein Kriterium unter vielen sein, wie z.B die Anzahl der Familienmitglieder und deren Alter und Geschlecht, das Vorhandensein der notwendigen sanitären Einrichtungen, der Zustand der Wohnung.” Also keine Lockerung, sondern eine Ausweitung von Vorwänden für Ausländerbehörden sich in die Lebensverhältnisse ausländischer Einwohner einzumischen und zu kontrollieren. Freundlicher Weise besagt dann eine "Härteklausel", daß von der Vorraussetzung angemessenen Wohnraums abzusehen ist, wenn der Ausländer nachweist, daß er trotz eigener Bemühungen eine entsprechende Wohnung nicht erhal-

Presseerklärung von Innenminister Bull am 17.4.90 zur Neuregelung der Ausführungen zum Ausländergesetz

“Mehr Klarheit und Liberalität im Ausländerrecht bringt ein vom schleswig-holsteinischen Innenministerium erarbeiteter und im Amtsblatt veröffentlichter Ausländererlaß. Darin wird der überwiegende Teil der im Laufe der letzten 25 Jahre ergangenen Ausführungserlasse zum Ausländergesetz von 1965 zusammengefaßt und bereinigt. Über 90 Einzelerlasse wurden aufgehoben. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden ist der neue Erlaß nach den Worten von Innenminister Hans Peter Bull “ein Kompromiß zur besseren Orientierung im Labyrinth ausländerrechtlicher Bestimmungen”. Für einen Teil der Ausländerinnen und Ausländer bringe der Erlaß aber auch rechtliche Verbesserungen. Für Ausländer ohne Rückkehrmöglichkeit in ihr Heimatland sieht der Erlaß in der Regel bereits nach einem fünfjährigen geduldeten Aufenthalt die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis vor. Früher betrug die Frist 8 Jahre.
Ganz neu ist die generelle Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Ausländer nach einem ununterbrochenen Aufenthalt von nur drei Jahren, wenn ihnen der weitere Aufenthalt nicht schon als Asylberechtigte, sondern in der Eigenschaft als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention gestattet wird.
Beim Familiennachzug für Ausländer der zweiten Generation wurde die Härtefallklausel liberalisiert. Bisher betrug die Wartefrist 8 Jahre; die Ehe mußte bereits seit einem Jahr bestehen. Verkürzte Fristen kamen nur in Frage, wenn ein Familienmitglied in besonderem Maße auf den Schutz oder die Fürsorge der Ehe- oder Familiengemeinschaft im Bundesgebiet angewiesen war; zum Beispiel bei schwerer Erkrankung eines Kindes oder eines Elternteils. Nach dem jetzt vorliegenden Erlaß kann ein Härtefall mit einer damit verbundenen Verkürzung der Fristen auch schon dann vorliegen, wenn die Ehefrau schwanger ist oder bereits ein Kind aus dieser Ehe hat und sie oder der Ehemann sich schon seit mindestens 5 Jahren hier aufhalten, so daß eine Führung der Ehe im Heimatland unter Aufgabe der hier bestehenden wirtschaftlichen Existenz nicht zumutbar erscheint. Der Erlaß sieht ferner vor, daß Kinder, auch bei Rückkehr ihrer Eltern ins Heimatland, in der Bundesrepublik bleiben können. Der weitere Aufenthalt eines Kindes kann nach dem neuen Ausländererlaß zugelassen werden, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:
-Das Kind muß im Bundesgebiet geboren oder ausgewachsen sein.
-Die schulische oder berufliche Ausbildung muß erfolgreich abgeschlossen werden können.
-Der Lebensunterhalt des Kindes muß ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe gesichert sein.
-Belange der Bundesrepublik Deutschland dürfen insbesondere durch ein kriminell auffälliges Verhalten des Kindes nicht beeinträchtigt werden.
-Außerdem müssen die Eltern selbstverständlich mit dem weiteren Aufenthalt ihres Kindes einverstanden, die persönliche Betreuung gewährleistet sein und ein Vormund bestellt werden.
Gelockert wurden auch die Vorschriften über den Nachweis angemessenen Wohnraums, der nach geltendem Recht als Voraussetzung für die Verfestigung des Aufenthaltsstatus und für den Familiennachzug eine große Bedeutung hat. Hier wurde auf bestimmte Quadratmeterzahlen verzichtet und eine Härteklausel eingebaut. Nach dem neuen Erlaß soll nur noch ein Standard verlangt werden, der dem üblichen Niveau für Sozialwohnungen annährend entspricht. Die Härteklausel besagt, daß von der Voraussetzug des angemessenen Wohnraums abzusehen ist, wenn der Ausländer nachweist, daß er trotz eigener Bemühungen eine entsprechende Wohnung nicht erhalten konnte. Dies ist allerdings kein Freibrief, die Wohnungsfrage zu vernachlässigen; Obdachlosigkeit darf keinesfalls eintreten. Bull forderte die Bundesregierung auf, bei der gegenwärtig in Bonn betriebenen Novellierung des Ausländerrechts die Weichen in Richtung auf mehr Großzügigkeit und Liberalität zu stellen.”

ten konnte." Dies sei allerdings kein Freibrief die Wohnungssuche zu vernachlässigen, Obdachlosigkeit dürfe auf keinen Fall eintreten. Das ist der blanke Zynismus gegenüber der ausländischen Bevölkerung. Aufgrund der jetzigen Wohnungslage, werden ausländische Familien in immer kleinere und baufälligere Wohnungen gepfercht, die Mieten bis ins unbezahlbare erhöht, über Eigenbedarfsanmeldung durch den Vermieter die Familien ins Freie gesetzt. Die von Bull behauptete verbesserte Rechtsstellung von Ausländern durch eine "liberalere" Auslegung des bestehenden Ausländergesetzes entpuppt sich als blanke Propaganda. Sie durchkreuzt den Widerstand gegen das neue Gesetz. Es gibt Anzeichen, daß sich Kräfte des Widerstandes, DGB und Kirchen, in die Zielrichtung des Innenministeriums bewegen, und sich damit begnügen, bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Umsetzung des Erlasses einzufordern. Dabei spielt mittlerweile die Forderung noch politischen Rechten kaum noch eine Rolle.

Europäischer  Buchladen

Buchbesprechung: "Die Rückkehr der Führer"

Kirfel, Martina/ Oswalt, Walter (Hrsg.): Die Rückkehr der Führer. Modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa. Mit einem Vorwort von Robert Jungk. Europa-Verlag, ca. 350 Seiten, DM 39.80.

"Die Rückkehr der Führer ist das Buch über Ursachen, Hintergründe, Entwicklung und Vernetzung des Neuen Rechtsradikalismus in Westeuropa."

Mit dieser Ankündigung seines gleichnamigen Buches wirbt der in Wien ansässige Europa-Verlag selbst treffend für das von Martina Kirpfel und Walter Oswalt herausgegebene Buch "Die Rückkehr der Führer", in dem Journalisten, Historiker und Politologen aus zwölf westeuropäischen Ländern sich mit dem modernisierten Rechtsradikalismus ("Rechtsradikal/ rechtsextrem sind solche Parteien, Personen, Organisationen, die sich systematisch gegen Menschenrechte einsetzen ... und das Ziel haben, die politische Idee der Aufklärung, daß jeder Mensch frei ist (...) und daß alle Menschen die gleichen Rechte haben, zu bekämpfen", so Oswalt in seiner Definition) auseinanderzusetzen.

Auf ca. 350 Seiten wird dem Leser/ der Leserin der Themenkomplex Rechtsradikalismus in übersichtlicher und detaillierter Weise von Experten wie Margret Feit, Roman Schweidlenka oder Patrick Moreau dargeboten.

Daß sich das Phänomen Rechtsextremismus nicht auf das Gebiet der Bundesrepublik beschränkt, sondern in allen westeuropäischen Ländern anzutreffen ist, schildert Oswalt in seiner Einleitung: "Von Oslo, Kopenhagen über Berlin, Frankfurt und Straßburg bis Klagenfurt und Nizza ziehen sie in die Parlamente ein. Sie kommen nicht in SS-Stiefeln und nicht mit Hakenkreuzen. Sie reden von der Befreiung von Filz und Bürokratie, wenn sie an die Macht wollen. Sie sagen Ökologie und denken Blut und Boden. Sie fordern ein vereinigtes Europa und meinen ein Europa der weißen Rasse." Weiter im Text: "Sie organisieren sich aber nicht nur in klar identifizierbaren populistischen Parteien, sondern setzen gleichzeitig auf eine zweite Strategie, den Marsch der rechtsradikalen Intelligenz durch die Institutionen."

Die Stärke des Buches liegt darin, daß sich den sehr ausführlichen Länderdarstellungen das Kapitel "Rechtsradikalismus und Gesellschaft" anschließt, in dem kenntnisreich die heute vorhandene Renaissance der "braunen" Vordenker des Nationalsozialismus (Ernst Jünger, Carl Schmitt, Konrad Lorenz, Martin Heidegger) beschrieben wird. Intensiv beleuchtet wird die Rolle Ernst Jüngers, einem der einflußreichsten lebenden Autoren der deutschen Sprache, der 1982 den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt erhalten hat.

Jünger, der durch alle Zeitläufe, in der Weimarer Republik, im Dritten Reich, von 1945 bis heute Symbolfigur war und ist, zu den wichtigsten Wegbereitern des Nationalsozialismus gehörte und ihn für das konservative Bürgertum gesellschaftsfähig machte, steht heute immer noch zu seinen Idealen: "Krieg, Kampf gegen Demokratie, gegen Presse Freiheit und Menschenrechte". Nach wie vor ist Jünger im neurechten Lager in Westeuropa eine Identifikationsfigur. Markige Sprüche haben ihm lebenslange Sympathie im "braunen" westeuropäischen Netz verschafft; Jünger im Jahr 1930: "Im gleichen Maße jedoch, in dem der deutsche Wille an Schärfe und Gestalt gewinnt, wird für den Juden auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu können, unvollziehbar werden, und er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: In Deutschland entweder Jude sein oder nicht zu sein." Persönlicher Gratulant anläßlich seines 95. Geburtstages: H. Kohl.

Perspektiven gegen rechts und ein vorzügliches alphabetisches Verzeichnis (von der Aktion Neue Rechte in der BRD bis zur Young National Front in Großbritannien) rechtsradikaler Organiationen und Zeitschriften runden das Bild ab.

Am Buch "Die Rückkehr der Führer", an dem künftig niemand vorbeikommt, der

sich mit braunen Tendenzen in Westeuropa beschäftigt, ist negativ zu werten, daß im Verzeichnis der "Antifaschistischen Adressen", das im Gegensatz zu den übrigen Buchkapiteln oberflächlich recherchiert ist, der "Antiklerikale Arbeitskreis der Bunten Liste Freiburg" aufgenommen wurde; ist die BL Freiburg doch selbst Teil der am äußersten rechten Rand angesiedelten Politsekte "Marxistisch Reichistische Initiative " (MRI) um Fritz Erik Hoevel, einer Gruppierung, die u.a. auch unter den Tarnnamen "Bund gegen Anpassung" oder "Bund zur Verbreitung unerwünschter Einsichten" auftritt, eine rigorose AIDS-Politik verficht und den REPs nahesteht.

Ein Folgeband, der sich mit Rechtsradikalismus in Osteuropa beschäftigen muß, wäre wünschenswert.

Anton Maegerle

Meldungen

NEONAZI-WAFFENLAGER IN HAMBURG AUFGEFLOGEN

Ein umfangreiches Arsenal an Sprengstoff und Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg hat die Hamburger Polizei bei einem 39 Jahre alten Frührentner sichergestellt. In Wohnungen, Nebenräumen und Autos seien unter anderem 200 Raketenzünder, 1000 Minenzünder, etwa 1000 kleinere Granaten, Teile von Brandbomben und diverse Stielhandgranaten gefunden worden, teilte die Polizei mit. Außerdem habe der Mann fünf Pistolen und Revolver, drei Gewehre und einige tausend Hakenkreuzabzeichen gehabt.

Die Polizei war dem Mann durch einen Hinweis der Kriminalpolizei in Neustrelitz auf die Spur gekommen. Demnach hatten mehrere Taucher aus einem Teich in der Gemeinde Klobsow Kisten mit Waffen und Munition geborgen. Gegen den Mann wird wegen des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, das Waffengesetz und das Sprengstoffgesetz ermittelt.

(Süddeutsche Zeitung, 4.10.90)

Neue Broschüre

Seit September gibt es eine neue Broschüre der "Antifaschistischen Gruppe Rendsburg" mit dem Titel "Rendsburgs Braunzone". In sechs Artikeln werden verschiedene örtlich aktive Organisationen des rechtsextremen Spektrums vorgestellt, gefolgt von Kurzporträts einiger Aktivisten von den REP. Ergänzt wird das Heft durch eine kurze Einschätzung der derzeitigen Ausgangsbedingungen für antifaschistische Aktivitäten und die Vorstellung der "Antifaschistischen Gruppe".

Das Heft gibt einen interessanten Einblick in die örtliche "BRAUNZONE", ist aber auch für alle, die die Entwicklung und Aktivitäten der extremen Rechten in Schleswig-Holstein verfolgen möchten, lesenswert.

Bestelladresse: Antifaschistische Gruppe RD c/o ThePrax Infoladen, Königstr. 13, 2370 Rendsburg

Neue faschistische Partei gegründet

Unter dem Namen Deutsche Freiheits- und Arbeiterpartei / DFA wurde am 15.9.90 eine neue faschistische Partei gegründet. Zu ihrem ersten Bundesvorsitzenden wurde Martin Pape (Stuttgart), Gründer und langjähriger Vorsitzender der FAP, gewählt. Stellvertreter Papes ist Helmut Burkhardt aus Pirmasens.

Diese Neugründung, die Pape bereits seit einigen Monaten angekündigt hatte, bringt auch formal eine Entwicklung zum Abschluß, bei der durch den Beitritt von Angehörigen der verbotenen ANS/NA eine nahezu bundesweite Ausdehnung gelang, gleichzeitig Pape jedoch immer einflußloser wurde. Zuletzt wurde er selbst des Postens als Vorsitzender beraubt und durch den in der Organisierung von Gewalttaten erfahrenen Friedhelm Busse ersetzt. Weniger inhaltliche Differenzen als unterschiedliche taktische Überlegungen bzgl. der öffentlichen Präsentation faschistischer Politik hatten zu immer neuen Zerwürfnissen geführt. Pape befürchtete aufgrund der offenen Bezüge der Busse-Gruppe zum Nationalsozialismus gar ein Verbot der Partei.

Der Partei, deren 29-Punkte-Aktionsprogramm in weiten Passagen vom letzten FAP-Aktionsprogramm abgeschrieben wurde, dürfte ein ähnlich erfolgloses Wirken wie der FAP vor der Übernahme durch die Mitglieder der verbotenen ANS/NA bevorstehen.

"SOS EISBERG" im Kommunalen Kino

Wir sind empört und erschreckt darüber, daß in der Pumpe im Rahmen des Koki ein Film mit Leni Riefenstahl als Hauptdarstellerin gezeigt wurde - überdies ohne jegliche Kommentierung z.B. im Pumpen-Programmheft.

Wir empfehlen der Pumpen-Crew die Lektüre des Artikels "Komparsen aus dem KZ", zu finden in der KONKRET 2/85. Die Schauspielerin und Regisseurin Leni Riefenstahl zählte während des Hitler-Faschismus zu einer der bedeutendsten PropagandistInnen der NS-Ideologie im Bereich der Film-"Kultur".

Riefenstahl drehte von 1933-1940 drei NS-Parteitagsfilme (u.a. "Triumph des Willens"), sowie den Film "Olympia", der die Olympischen Spiele von 1936 propagandistisch in Szene setzte. Für ihren Film "Tiefland" - einen sogenannten "Zigeuner"-Film, der im Auftrag Hitlers und mit Unterstützung des "Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda" mit einem finanziellen Volumen von mindestens 4,6 Mio. Reichsmark produziert wurde, rekrutierte Riefenstahl die KomparsInnen aus einem Konzentrationslager für Sinti und Roma.

In den Jahren 1941 und 1942 suchte Riefenstahl die StatistInnen persönlich im KZ Maxlan bei Salzburg aus, zwangsverpflichtete diese für ihren Film - nicht ohne sich zuvor überzeugt zu haben, daß diese "nicht jüdisch versippt" sind. Das Lager Maxlan wurde im Mai 43 aufgelöst und alle Häftlinge wurden nach Auschwitz deportiert; nur 20 von ihnen kehrten `45 zurück.

Später dann stritt Riefenstahl ab, daß es sich bei dem Lager Maxlan um ein KZ gehandelt habe; vielmehr stellte sie fest, es sei ein "Wohlfahrtslager" gewesen - überdies bekundete sie ihre "ganz besondere Liebe, Vorliebe für Zigeuner". Der Film "Tiefland" wurde vor seiner Fertigstellung 1945 von den Franzosen beschlagnahmt, 1953 wurde er wieder freigegeben und in den folgenden Jahren aufgeführt. Riefenstahl hat eine schleichende oder gar offene Rehabilitierung erfahren.

InteressentInnen in Sachen Rassismus sei an dieser Stelle ein Bericht in GEO 9/77 über das afrikanische Volk der Nuba - illustriert mit rassistischem Bildmaterial von Leni Riefenstahl - anempfohlen.

Der Chor derer, die vergessen, die in den Singsang um Unschuld, Reinheit und Freiheit von Kultur und Kunst einstimmen, wird größer - aus Irrglaube, Ignoranz oder politischer Absicht. In diese fragwürdige Gesellschaft scheinen sich nun die KunstkennerInnen und Kulturbeflissenen der Pumpe einzureihen - mit welcher Intention?

Leni Riefenstahl hat auch im Koki ihre Rehabilitierung erfahren - dieses in Zeiten des deutsch-deutschen Nationalismus, der nicht zuletzt auch dadurch lanciert wird, daß die Möglichkeit geschaffen wird, eine NS-"Kultur"-Größe auf der Kino-Leinwand eines (vermeintlich) aufgeschlossenen Kulturzentrums bewundern zu können.

Ganz besonders zynisch ist dieses, da wenige Tage nach dem Franck-Riefenstahl-Film eine Reihe von Sinti- und Roma-Filmen gezeigt wurden. Wen wundert's , daß uns diese Form von Engagement wenig ernstgemeint und fragwürdig erscheint!

Merhaba-Frauen-Lesben-Plenum

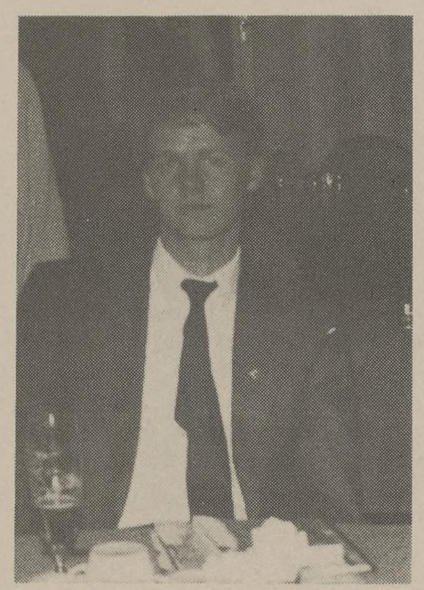
P.S. Die Filmemacherin Nina Gladitz hat einen zweiteiligen Dokumentarfilm über Leni Riefenstahl (und Werner Herzog) gedreht. Wir fordern die Pumpe auf, diesen Film "Zeit des Schweigens und der Dunkelheit/ Land der Bitterkeit und des Stolzes" im Rahmen des Koki zu zeigen !

Dieser Leserinnenbrief wurde bereits im Oktoberprogramm der PUMPE abgedruckt. Dort findet sich auch eine Antwort von Gesa Rautenberg. Leider ist es uns nicht gelungen, die Erlaubnis zum dokumentarischen Abdruck auch ihres Artikel zu bekommen. Interessierte bitten wir, ins Programmheft der zu sehen.

Volksverhetzung: Ermittlungsverfahren gegen Lübecker REP-Mann

Gegen das Lübecker REP-Mitglied Henning Kledzinski ist Strafanzeige wegen Beleidigung, Körperverletzung und Volksverhetzung gestellt worden. Inzwischen ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft. Der 21jährige Kledzinski kandidierte bei der Kommunalwahl im März 1990 auf Platz 4 der REP-Liste für die Lübecker Bürgerschaft.

Die Anzeige geht auf einen Vorfall am 21.2.1990 vor dem Haus der Initiativen AKZENT in der Fleischhauerstrasse zurück. Kledzinski wurde von einem ehrenamtlichen Mitarbeiter des Internationalen Solidaritätsbüros dabei überrascht, wie er verschiedene Flugblätter und Türschilder im Eingang des Akzent-Hauses abriß und auf die Erde warf. Zur Rede gestellt und darauf hingewiesen, daß er wegen eines ähnlichen Vorfalls bereits Hausverbot im Akzent habe, wurde der REP tätlich. In Notwehr versetzte ihm daraufhin der Angegriffene, ein ausländischer Mitbürger, einen Schlag ins Gesicht, hielt ihn fest und rief nach der Polizei. Als schließlich zwei Polizisten mit einem Streifenwagen eintrafen, machten diese keine Anstalten, die Strafanzeige gegen Kledzinski aufzunehmen, sie nahmen im Gegenteil eine Anzeige Kledzinskis gegen den Mitarbeiter des Solidaritätsbüros auf.



REP-Kandidat Kledzinski

ANDERE ÜBER UNS ...

Die in Recklinghausen zweimonatlich erscheinende antifaschistische Zeitung "AntifaZ" stellt seit einiger Zeit andere in der Bundesrepublik gemachte Antifa-Zeitungen vor. Im jüngst erschienenen Heft 25 war die ATZE dran.

Da heißt es dann nach einer kurzen, an der Selbstdarstellung der ATZE orientierten Darstellung des Selbstverständnisses dieser Zeitung: "In der politischen Breite der Themenstellungen ähnelt die ATZE der AntifaZ. Es wird über FAP-Aktionen und antifaschistische Gegenwehr, über REPs, über rassistische und ausländerfeindliche Vorkommnisse berichtet.

Ein etwas stärkerer Akzent wird möglicherweise auf Staat und Polizeiapparat gelegt, auch sieht es so aus, daß sich in der ATZE tatsächlich schon deutlicher unterschiedliche antifaschistische Positionen äußern, was in der AntifaZ noch ausbaufähig ist.

Auch die 'Deutschland'-Diskussion wird in der ATZE geführt, allerdings scheint es (noch) keine Kontakte zur Antifa-Szene in der DDR zu geben. Besonders begrüßenswert finden wir, daß auch die ATZE die Unterstützung des Befreiungskampfes in Kurdistan dokumentiert und somit ein internationalistisches Verständnis von Antifaschismus...

Was wir besonders gelungen finden:

- Lay out und Motive des Titelblatts
- Verbindung von Text und Bild, allgemein die Gestaltung
- Lesbarkeit der Artikel
- hoher Informationswert

Was könnte noch besser werden?
(fällt uns fast nichts zu ein)

- evtl. einige Bilder in der technischen Qualität
- wenn Ihr es schaffen könntet, noch häufiger zu erscheinen
- evtl. ab und zu mal eine oder zwei Berichte über bundesweite Antifa-Entwicklungen.

Ansonsten finden wir die ATZE, wie zu bemerken ist, ziemlich toll. Wäre ja schön, wenn irgendwann in den kommenden Jahren mal ein bundesweites Treffen aller Antifa-Zeitungen stattfinden würde. Der ATZE-Redaktion wünschen wir für die Zukunft weiterhin viel Erfolg."

Die Redaktion der ATZE hat sich über diese positive Kritik wirklich sehr gefreut und als Ermutigung aufgefasst, die Zeitung sowohl inhaltlich als auch von der Aufmachung weiter zu verbessern. Um Kontakte in die DDR bemühen wir uns, ein häufigeres Erscheinen ist in naher Zukunft jedoch eher unwahrscheinlich.

(Die "ANTIFAZ" ist zu beziehen über: Antifa-Zentrum, Herner Str. 43, 4350 Recklinghausen und kostet im Jahresabo 24.- DM)

Und im nächsten Heft...

- Schleswig-Holsteins CDU und die Faschisten - ein Beispiel aus der Braunzone
- DEUTSCHE UNITARIER - eine endlose Geschichte ?
- Strategiediskussion im neofaschistischen Lager
- und anderes mehr ...

JETZT DIE "ATZE" ABONNIEREN !!

Glücklicherweise wurde der Vorfall jedoch von mehreren unabhängigen Zeugen beobachtet. Diese bestätigten z.B., daß Kledzinski sein Gegenüber mit Ausdrücken wi "Scheiß Türke" oder "Es wird in Deutschland noch mal anders kommen" beschimpft hat. Wegen der gerufenen Polizei schien Kledzinski sich weniger Sorgen zu machen. Er sagte u.a., daß er berechtigte Hoffnungen habe, daß die Polizeibeamten ebenfalls REP-Mitglieder sein würden. Ob dies die Erklärung für deren Verhalten ist?

Das Verfahren gegen den Angegriffenen ist inzwischen eingestellt worden. Auch das Verfahren gegen Kledzinski sollte wegen "mangelnden öffentlichen Interesses" eingestellt werden, dem wurde jedoch vom Rechtsanwalt des Betroffenen widersprochen, der die Anzeige außerdem um den Tatbestand der Volksverhetzung erweiterte, da die Äußerung "Scheiß Türke" vor einer größeren Menschenmenge diesen Tatbestand erfüllt. So laufen die Ermittlungen weiter.

(az/ Lübeck)

2.- DM



1938:
nationalsozialistische Ausländerpolizeiverordnung
1965:
BRD-Ausländergesetz
1990:
Verschärfung des Ausländergesetzes

Gesetzlich verordneter Rassismus in ungebrochener deutscher Tradition.

Weg mit den Sondergesetzen gegen AusländerInnen

Ausländerin zu sein bedeutet doppelte Diskriminierung:

Als "Nichtdeutsche":
tagtäglicher Rassismus, Beschimpfungen, Bedrohungen, körperliche Angriffe, Sondergesetze. Zum Beispiel keine freie Wahl des Wohnsitzes, teilweise Arbeitsverbot, teilweise Androhung der Ausweisung bei Arbeitsplatzverlust. Durch solche Sondergesetze sollen alle AusländerInnen für das Kapital frei verfügbar gemacht werden: Sind sie verwertbar, können sie bleiben, sonst "weg damit.

Als Frau:
tagtägliche Gewalt gegen Frauen, Anmache, Sexismus und gesetzlich noch schlechter gestellt: ausländische Frauen sind in der niedrigsten Lohngruppe, für Ehefrauen gibt es kein eigenständiges Aufenthaltsrecht. Durch solche Regelungen sollen Frauen in Abhängigkeit vom Mann gehalten werden, für ihn verfügbar und verwertbar.

WER RASSISMUS BEKÄMPFEN WILL, DARF VOR SEXISMUS NICHT HALT MACHEN!
WER VON KAPITALISMUS REDET, DARF VON MÄNNERHERSCHAFT NICHT SCHWEIGEN!

BLEIBERECHT FÜR ALLE

